Denkschrift

zum

Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs

nebst drei Anlagen,

ergänzt

durch Hinweise auf die Beschlüsse des Reichstages sowie auf die Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuchs und seiner Nebengesetze

von

H. Jäntsch,

Unterrichter.

Berlin.

J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung,

G. m. b. H.

1899.

Vorwort.

Der Umstand, daß die Denkschrift zum Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches von verschiedenen Verlegern herausgegeben worden und zum Theil in mehreren Auflagen erschienen ist, läßt schließen, daß sie gern und viel gelesen wird. In der That ist dieselbe viel beschäftigten Juristen, die zunächst einen Ueberblick über die wichtigeren Bestimmungen des B.G.B. gewinnen wollen, als Lektüre zu empfehlen. Ein Uebelstand liegt auf der Hand: die Denkschrift enthält nicht die Paragraphen des Gesetzbuches selbst und nicht die Aenderungen, welche der Reichstag an dem durch die Denkschrift erläuterten Entwurfe vorgenommen hat. Diese Aenderungen sind jedoch nicht zahlreich und selten von einem Umfange, der den Werth der Denkschrift erheblich beeinträchtigte.

Die vorliegende Ausgabe, in welcher der amtliche Text vollständig wiedergegeben ist und die Zusätze des Verfassers als solche kenntlich gemacht sind, sucht dem erwähnten Uebelstande abzuhelpen. Sie weist in allen Fällen, in denen die Denkschrift eine Bestimmung des Entwurfes erläutert, die vom Reichstage geändert worden ist, in einer Anmerkung auf die Aenderung hin. Auf diese Anmerkungen ist mit Zahlen verwiesen, während die mit einem Sterne versehenen bereits im amtlichen Text enthalten sind (s. z. B. S. 45). Ferner ist neben jeden in der Denkschrift angezogenen Paragraphen des Entwurfes der entsprechende Paragraph des B.G.B. in fettem Drucke gesetzt. — Bei Verweisungen der Denkschrift auf Paragraphen der Civilprozeßordnung und der Konkursordnung sind die entsprechenden Paragraphen-Zahlen, welche diese Gesetze durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 20. Mai 1898 erhalten haben, gleichfalls in fettem Drucke in den Text eingefügt (vergl. z. B. S. 4 Mitte, S. 283 Mitte). In den Fällen, in denen auf beabsichtigte Aenderungen der C.P.D. oder der R.D. im Texte hingewiesen wird, ist in den Anmerkungen die Anlage II und der Paragraph der neuen C.P.D. oder der neuen R.D. citirt (vergl. z. B. S. 59, 131 Anm.). Auch sonst ist das in der Zwischenzeit erfolgte Fortschreiten der Gesetzgebung durch Hinweise unter dem Texte berücksichtigt worden. Nur zu den Artikeln des Handelsgesetzbuches vom 5. Juni 1869, welche durch das B.G.B. überflüssig geworden sind und welchen keine entsprechenden Paragraphen des H.G.B. vom 10. Mai 1897 gegenüber stehen, ist nichts bemerkt worden.

In meiner Ausgabe werden die Seitenzahlen der stenographischen Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, 9. Legislaturperiode, IV. Session 1895/97, 1. Anlageband (gedruckt bei Julius Sittenfeld, Berlin) gebracht. Die Denkschrift ist in diesem Anlagebande S. 602—790 abgedruckt. Nach diesen Seitenzahlen wird die Denkschrift z. B. von Hahn-Mugdan in den Materialien zu den Reichs-Justizgesetzen und von Bland in dessen Kommentare zum B.G.B. angezogen. Hingegen citiren z. B. Fischer-Henle in ihrem Kommentare zum B.G.B. die Denkschrift nach der von J. Guttentag im Jahre 1896 veranstalteten Ausgabe; wer nun etwa die Carl Heymann'sche Ausgabe der Denkschrift besitzt, muß hierin erst einige Zeit suchen, ehe er die von Fischer-Henle angezogene Stelle findet. Dies ist eine Unbequemlichkeit, die ich zu vermeiden suchte, indem ich auf jeder Seite oben die amtlichen Seitenzahlen mit dem Zusatz „D.S.“ bringe. — Vielleicht entschließen sich die Kommentatoren, einheitlich zu citiren, und zwar am besten die amtliche Ausgabe, nachdem deren Seitenzahlen durch meine Arbeit einem größeren Leserkreise zugänglich gemacht sind.

Die Anlage II bringt in der amtlichen Ausgabe (S. 744 ff.) in den Paragraphen-Überschriften die Paragraphen der Civilprozeßordnung und (von S. 763 ab) der Konkursordnung, die aus Anlaß des B.G.B. geändert, gestrichen oder neu geschaffen werden sollten, sowie daneben in Klammer die in Betracht kommenden Paragraphen des Entwurfes eines B.G.B. Ich habe auch hier in fettem Drucke sowohl die Paragraphen der C.P.O. und der R.D. nach der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 wie daneben in Klammer die in Betracht kommenden Paragraphen des B.G.B. hinzugefügt. Wenn die damals vorgeschlagenen Aenderungen, Streichungen und Ergänzungen der C.P.O. und der R.D. unverändert in die Gesetze vom 17. Mai 1898 übergegangen sind, ist nichts bemerkt worden; andernfalls ist „geändert“ hinzugefügt.

Von der Aufnahme, welche diese Arbeit finden wird, hängt es ab, ob auch die Denkschriften zu den Nebengesetzen des B.G.B. in ähnlicher Bearbeitung erscheinen.

Oranienbaum (Anhalt), den 13. Mai 1899.

J. Jantsch.

Abkürzungen.

- B.G.B.** — Bürgerliches Gesetzbuch.
C.P.O. — Zivilprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (R.G.Bl. S. 410).
E.G. — Einführungsgezet.
G.O. — Gewerbeordnung.
H.G.B. — Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897.
R.B. — Bericht der Reichstags-Kommission über den Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs und Einführungsgezetes nebst einer Zusammenstellung der Kommissionsbeschlüsse (Verlag von J. Guttentag in Berlin).
R.D. — Konkursordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (R.G.Bl. S. 612).
R.G.Bl. — Reichsgesetzblatt.
Reichstags-Kommission — Die vom Reichstage gewählte Kommission zur Berathung des Entwurfes eines B.G.B. nebst E.G.
St.B. — Erste, zweite und dritte Berathung des Entwurfes eines B.G.B. im Reichstage, stenographische Berichte (Verlag von J. Guttentag in Berlin).
Zw.B.G. — Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897.

Ueber die Bedeutung der fett gedruckten Zahlen sowie über den Unterschied zwischen den mit einem * und den mit Zahlen versehenen Anmerkungen siehe das Vorwort.

Inhaltsübersicht.

Inhaltsübersicht	Seite
Einleitung	VII
	XII

Erstes Buch.

Allgemeiner Theil.

Inhaltsübersicht	1
I. Entmündigung (§ 6)	2
II. Namenrecht (§ 12)	4
III. Todeserklärung. Lebensvermuthung (§§ 13 bis 19)	4
IV. Juristische Personen.	
1. Vereine (§§ 21 bis 76, 79)	6
2. Stiftungen (§§ 77, 80 bis 84, 88)	17
3. Juristische Personen des öffentlichen Rechtes (§ 85, 89)	18
V. Rechtsgeschäfte.	
1. Willensmängel (§§ 112, 116 bis 120, 124)	19
2. Form der Rechtsgeschäfte (§§ 121, 125 bis 125, 129)	28
3. Vertrag (§§ 141, 145 bis 153, 157)	26
4. Vertretung, Vollmacht (§§ 160, 164 bis 177, 181)	28
VI. Verjährung (§§ 189, 194 bis 220, 225)	33
VII. Selbstverteidigung. Selbsthülfe (§§ 221, 226 bis 225, 231)	38

Zweites Buch.

Recht der Schuldverhältnisse.

Anordnung des zweiten Buches. Uebersicht über die Abschnitte 1 bis 6	42
I. Zinsen (§§ 240, 246 bis 242, 248)	45
II. Schadenersatz (§§ 243, 249 bis 246, 252)	47
III. Rechnungslegung. Auskunftertheilung (§§ 252, 259 bis 254, 261)	48
IV. Form des auf Uebertragung des Eigenthums an einem Grundstücke gerichteten Vertrags (§ 307, 313)	50
V. Tragung der Gefahr und Verzug bei gegenseitigen Verträgen.	
1. Tragung der Gefahr (§ 317, 323)	51
2. Verzug (§§ 320, 326, 321, 327)	52
VI. Versprechen der Leistung an einen Dritten (§§ 322, 328 bis 329, 335)	53
VII. Richterliches Ermäßigungsrecht bei Vertragsstrafen (§ 337, 343)	54
VIII. Rücktritt vom Vertrage (§§ 340, 346 bis 350, 356)	55
IX. Uebertragung der Forderung (§§ 392, 398 bis 394, 400, 399, 405 bis 404, 410)	57

	Seite
X. Uebnahme einer Schuld, für die eine Hypothek an einem Grundstücke besteht (§§ 408, 414 bis 410, 416)	59
XI. Gesamtschuldnerische Haftung aus Verträgen (§ 421, 427)	61
XII. Kauf.	
1. Gewährleistung wegen Mängel im Rechte (§§ 427, 433 bis 438, 444)	61
2. Tragung der Gefahr (§§ 440, 446, 441, 447)	64
3. Gewährleistung wegen Mängel der Sache.	
A. Allgemeine Bestimmungen (§§ 453, 459 bis 474, 480, 488, 493)	65
B. Gewährleistung wegen Viehmängel (§§ 475, 481 bis 488, 493)	70
XIII. Miethe und Pacht.	
1. Zulässigkeit der Untermiethe und Unterpacht (§§ 542, 549, 546, 553, § 549, 556 Abs. 3, § 574, 581 Abs. 2, § 589, 596 Abs. 1)	74
2. Zurückbehaltungsrecht des Miethers und des Pächters (§ 549, 556 Abs. 2, § 574, 581 Abs. 2)	76
3. Pfandrecht des Vermieters und des Verpächters an den eingebrachten Sachen (§§ 552, 559 bis 556, 563, § 574, 581 Abs. 2, § 578, 585)	76
4. Form der Miethe- und Pachtverträge (§ 559, 566, § 574, 581 Abs. 2)	80
5. Kauf bricht nicht Miethe (§§ 564, 571 bis 572, 579)	81
XIV. Dienstvertrag.	
1. Gegenstand des Dienstvertrags (§ 604, 611)	84
2. Fürsorgepflicht des Dienstberechtigten (§ 610, 618)	84
3. Kündigungrecht und Kündigungsfrist (§§ 611, 620 bis 619, 628)	85
4. Verpflichtung zur Ausstellung eines Dienstzeugnisses (§ 620, 630)	87
XV. Werkvertrag.	
1. Begriff	87
2. Gewährleistung wegen Mängel des Wertes (§§ 623, 633 bis 629, 639)	88
3. Tragung der Gefahr (§ 634, 644)	89
4. Abgrenzung des Werkvertrags vom Kaufe (§ 641, 651)	90
XVI. Haftung der Gastwirthe für eingebrachte Sachen der Gäste (§§ 688, 701 bis 690, 708)	91
XVII. Gesellschaft (§§ 705, 718 bis 707, 720, 712, 725, § 725, 738 Satz 1)	92
XVIII. Gemeinschaft.	
1. Wirksamkeit von Vereinbarungen der Theilhaber für und gegen ihre Sondernachfolger (§§ 733, 746, 738, 751, § 994, 1010 Abs. 1)	94
2. Art der Theilung (§§ 739, 752 bis 741, 754)	95
3. Berichtigung von Schulden der Theilhaber bei der Theilung	96
XIX. Bürgschaft.	
1. Bürgschaftsfähigkeit der Frauen	97
2. Einreden des Bürgen (§§ 752, 768 bis 757, 773)	98
XX. Schuldverprechen. Schuldanerkenntniß (§§ 764, 780 bis 766, 782)	99
XXI. Anweisung (§§ 767, 783 bis 776, 792)	100
XXII. Schuldverschreibung auf den Inhaber.	
1. Einwendungen des Ausstellers (§ 777, 793 Abs. 1, § 780, 796)	103
2. Verpflichtung des Ausstellers aus einer ohne seinen Willen in den Verkehr gelangten Schuldverschreibung (§ 778, 794 Abs. 1)	104
3. Kraftloserklärung (§§ 783, 799, 784, 800)	104
4. Erlöschen der Ansprüche aus Schuldverschreibungen auf den Inhaber durch Zeitablauf (§ 785, 801)	105
5. Unabhängigkeit der Zinsscheine von der Hauptforderung (§ 787, 803)	105
6. Umschreibung auf Namen (§ 790, 806)	106

XXIII. Unerlaubte Handlungen.

1. Haftung für eigene Handlungen (§§ 807, 823, 810, 826 bis 813, 829)	106
2. Haftung für fremde Handlungen (§§ 815, 831, 816, 832)	108
3. Haftung für den durch Thiere verursachten Schaden (§§ 817, 833 bis 819, 835)	109
4. Haftung für den Einsturz eines Gebäudes (§§ 820, 836 bis 822, 838)	111
5. Haftung wegen Verletzung einer Amtspflicht (§ 823, 839)	112

Drittes Buch.

Sachenrecht.

Allgemeine Uebersicht	114
I. Besitz (§§ 838, 854 bis 856, 872)	116
II. Allgemeine Vorschriften über Rechte an Grundstücken.	
Vorbemerkung	123
1. Erfordernisse der rechtsgeschäftlichen Erwerbung, Belastung, Aufhebung oder Aenderung von Rechten an Grundstücken (§§ 857, 873 bis 862, 878)	124
2. Rangverhältniß unter mehreren ein Grundstück belastenden Rechten (§§ 863, 879 bis 865, 881)	127
3. Vorbemerkung (§§ 867, 888 bis 872, 888)	130
4. Oeffentlicher Glaube des Grundbuchs (§§ 876, 892, 877, 893)	131
III. Inhalt des Eigenthums.	
1. Begrenzung des Grundbeigenthums nach der Höhe und der Tiefe (§ 889, 906)	133
2. Zulässigkeit einer Einwirkung auf fremde Grundstücke (§ 890, 906)	134
3. Anlagen an der Grenze (§§ 891, 907, 892, 908)	134
4. Ueberhangs- und Ueberfallsrecht (§§ 894, 910, 895, 911)	135
5. Ueberbau (§§ 896, 912 bis 900, 916)	136
6. Rathweg (§§ 901, 917, 902, 918)	138
IV. Erwerb und Verlust des Eigenthums an Grundstücken (§ 909, 926)	139
V. Erwerb und Verlust des Eigenthums an beweglichen Sachen.	
1. Erwerb in gutem Glauben (§§ 916, 932 bis 920, 936)	140
2. Fund (§§ 949, 965 bis 966, 962)	141
VI. Ansprüche aus dem Eigenthume.	
1. Haftung des Besitzers für Ruzungen und Schäden (§§ 971, 987 bis 977, 993)	145
2. Rechte des Besitzers wegen Verwendungen (§§ 978, 994 bis 987, 1008)	146
3. Eigenthumsvermuthung zu Gunsten des Besitzers (§ 990, 1006)	147
4. Anspruch aus früherem Besitze (§ 991, 1007)	148
VII. Grunddienlichkeiten	149
VIII. Nießbrauch.	
1. Unübertragbarkeit (§ 1042, 1059)	150
2. Schuldenhaftung bei dem Nießbrauch an einem Vermögen (§§ 1069, 1086 bis 1071, 1088)	150
IX. Hypothek. Grundschuldb. Rentenschuldb.	
Vorbemerkungen	152
1. Hypothek.	
a. Verhältniß der Hypothek zur Forderung (§§ 1146, 1163, 1151, 1168 bis 1153, 1170, 1160, 1177, 1162, 1179, 1163, 1180)	154
b. Einreden des Eigenthümers gegen die Hypothek (§§ 1120, 1137 bis 1123, 1140, 1140, 1157)	157

	Seite
c. Schutz des persönlichen Schuldners (§§ 1147, 1164 bis 1149, 1166)	159
d. Gesamthypothek (§§ 1115, 1152, 1155, 1172 bis 1158, 1175, 1164, 1181, 1165, 1182)	160
e. Hypothek für die Forderung aus einer Schuldverschreibung auf den Inhaber oder aus einem inoffiziellen Papiere (§§ 1170, 1187 bis 1172, 1189)	163
2. Grundschuldbrief auf den Inhaber (§ 1178, 1195)	164
3. Rentenschuld (§§ 1182, 1199 bis 1186, 1203)	164
X. Pfandrecht an beweglichen Sachen und an Rechten.	
1. Voraussetzungen und Art des Pfandverkaufs (§§ 1211, 1228, 1216, 1233 bis 1229, 1246)	166
2. Schiffspfandrecht (§§ 1242, 1259 bis 1255, 1272)	168
3. Pfandrecht an Wertpapieren (§§ 1275, 1292 bis 1279, 1296)	171

Viertes Buch.

Familienrecht.

Übersicht und Anordnung	174
I. Verlöbniß (§§ 1280, 1297 bis 1285, 1302)	177
II. Eingehung der Ehe (§§ 1286, 1303 bis 1305, 1322)	179
III. Nichtigkeit und Anfechtbarkeit der Ehe (§§ 1306, 1323 bis 1330, 1347)	183
IV. Wiederverheirathung im Falle der Todeserklärung (§§ 1331, 1348 bis 1335, 1352)	191
V. Wirkung der Ehe (§§ 1336, 1353 bis 1345, 1362)	193
VI. Gesetzliches eheliches Güterrecht (§§ 1346, 1363 bis 1414, 1431)	196
VII. Vertragmäßiges Güterrecht.	
1. Allgemeine Vorschriften (§§ 1415, 1432 bis 1419, 1436)	210
2. Allgemeine Gütergemeinschaft (§§ 1420, 1437 bis 1501, 1518)	211
3. Errungenschaftsgemeinschaft (§§ 1502, 1519 bis 1531, 1548)	221
4. Fahrnißgemeinschaft (§§ 1532, 1549 bis 1540, 1557)	224
VIII. Scheidung der Ehe (§§ 1547, 1564 bis 1566, 1587)	226
IX. Eheliche Abstammung (§§ 1569, 1591 bis 1578, 1600)	232
X. Eheliche Stellung der ehelichen Kinder.	
1. Ausstattungspflicht der Eltern den Kindern gegenüber (§§ 1598, 1620 bis 1603, 1625)	235
2. Elterliche Gewalt (§§ 1604, 1626 bis 1674, 1698)	236
a. Elterliche Gewalt des Vaters (§§ 1605, 1627 bis 1659, 1683)	238
b. Elterliche Gewalt der Mutter (§§ 1660, 1684 bis 1674, 1698)	248
XI. Rechtliche Stellung der Kinder aus nichtigen Ehen (§§ 1675, 1699 bis 1680, 1704)	252
XII. Rechtliche Stellung unehelicher Kinder (§§ 1681, 1705 bis 1694, 1718)	253
XIII. Legitimation unehelicher Kinder	
1. Legitimation durch nachfolgende Ehe (§§ 1695, 1719 bis 1698, 1722)	258
2. Legitimation durch Ehelichkeitserklärung (§§ 1699, 1723 bis 1716, 1740)	259
XIV. Annahme an Kindesstatt (§§ 1717, 1741 bis 1748, 1772)	260
XV. Vormundschaft (§§ 1749, 1773 bis 1897, 1921)	
1. Obervormundschaft. Mitwirkung der Gemeinde und Familie	261
2. Selbständigkeit des Vormundes. Befreite Vormundschaft	262
3. Verwaltender Vormund. Gegenvormund	264
4. Bestellung des Vormundes	265

5. Sicherstellung des Mündels gegenüber dem Vormunde	266
6. Vormundschaft über Volljährige	267
7. Pflegschaft	268

Fünftes Buch.

Erbrecht.

Inhaltsübersicht	270
I. Erbfolge der Verwandten (§§ 1900, 1924 bis 1906, 1930)	271
II. Erbrecht des Ehegatten (§§ 1907, 1931 bis 1910, 1934)	275
III. Erbrecht des Fiskus (§ 1912, 1936)	277
IV. Erwerb der Erbschaft (§§ 1918, 1942 bis 1935, 1959)	277
V. Fürsorge des Nachlaßgerichts (§§ 1936, 1960 bis 1938, 1962)	279
VI. Haftung des Erben für die Nachlaßverbindlichkeiten	
1. Beschränkte Haftung (§§ 1950, 1975 bis 1967, 1992)	279
2. Unbeschränkte Haftung (§§ 1968, 1993 bis 1988, 2013)	284
3. Aufgebot der Nachlaßgläubiger (§§ 1945, 1970 bis 1948, 1973)	287
4. Aufschiebende Einreden (§§ 1989, 2014 bis 1992, 2017)	289
VII. Erbschaftsanspruch (§§ 1993, 2018 bis 2006, 2031)	290
VIII. Mehrheit von Erben.	
1. Regelung im Allgemeinen	293
2. Rechtsverhältniß der Erben unter einander (§§ 2007, 2032 bis 2032, 2057)	294
3. Rechtsverhältniß zwischen den Erben und den Nachlaßgläubigern (§§ 2033, 2058 bis 2038, 2063)	299
IX. Einsetzung eines Nacherben (§§ 2075, 2100 bis 2120, 2146)	301
X. Testamentvollstrecker (§§ 2171, 2197 bis 2202, 2228)	306
XI. Testamenterrichtung (§§ 2203, 2229 bis 2225, 2252)	311
XII. Gemeinschaftliches Testament (§§ 2238, 2265 bis 2246, 2273)	316
XIII. Erbvertrag (§§ 2247, 2274 bis 2275, 2302)	318
XIV. Pflichttheil (§§ 2276, 2303 bis 2311, 2336)	321
XV. Erbsein (§§ 2326, 2353 bis 2343, 2370)	327

Anlagen.

I. Uebersicht über das in Deutschland geltende bürgerliche Recht	330
II. Zusammenstellung der aus Anlaß des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Aussicht genommenen Aenderungen und Ergänzungen der Civilprozeßordnung und der Konkursordnung, soweit sie für das Verständniß des Gesetzbuchs wesentlich sind	334
III. Vergleichende Zusammenstellung der Paragraphen der veröffentlichten Kommissionsentwürfe erster und zweiter Lesung mit den Paragraphen des vorliegenden Entwurfes	393

Einleitung.

Entstehung
des
Entwurfes.

Die Beseitigung der großen Verschiedenheiten auf dem Gebiete des Bürgerlichen Rechtes und zu dem Behufe die Schaffung eines gemeinsamen Bürgerlichen Gesetzbuchs wurde schon im Jahre 1867 bei der Verathung des Verfassungs-Entwurfes innerhalb des konstituierenden Reichstags des Norddeutschen Bundes angeregt, indem der Abgeordnete Miquel der Zuständigkeit des Bundes „die gemeinsame Gesetzgebung über das Bürgerliche Recht“ zu überweisen beantragte (Drucksachen des Reichstags Nr. 29). Der Antrag wurde abgelehnt, im Jahre 1869 aber wiederholt eingebracht und mit großer Mehrheit angenommen (Verhandlungen des Reichstags 1869 S. 835). Im Deutschen Reichstag erschien der Antrag in den Jahren 1871, 1872 und 1873 auf der Tagesordnung und erhielt bei der Abstimmung immer wieder eine große Mehrheit (Verhandlungen des Reichstags 1871 S. 290, 1872 S. 726, 1873 S. 210). Unter dem Einflusse dieser Kundgebungen hatten die verbündeten Regierungen sich im Frühjahr 1873 dahin verständigt, daß, falls die Zuständigkeit des Reichs für die Gesetzgebung über das Bürgerliche Recht verfassungsmäßig anerkannt werden sollte, eine Kommission zur Ausarbeitung eines Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuchs zu berufen sei. Unter dem 13. Dezember 1873 erging endlich das Reichsgesetz, betreffend die Abänderung der Nr. 13 des Artikels 4 der Verfassung des Deutschen Reichs (Reichsgesetzbl. S. 379). Es bildet den Ausgangspunkt der gesetzgeberischen Arbeiten, deren Ergebnis in dem Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich vorliegt. Auf der neu gewonnenen gesetzlichen Grundlage wurde durch Beschluß des Bundesraths vom 28. Februar 1874 eine Kommission von fünf angesehenen deutschen Juristen beauftragt, über Plan und Methode, nach welchen bei der Aufstellung des Entwurfes zu verfahren sei, Vorschläge zu machen. In grundsätzlicher Uebereinstimmung mit dem von dieser sogenannten Vorkommission erstatteten Gutachten beschloß der Bundesrath am 22. Juni 1874, zur Ausarbeitung des Entwurfes eine Kommission von elf Mitgliedern zu berufen. Die Kommission wurde derart zusammengesetzt, daß in ihr einerseits die Rechtswissenschaft und die juristische Praxis, andererseits die hauptsächlichsten in Deutschland bestehenden Rechte, das Gemeine, das Preussische, das Französische und Badiſche sowie das Sächſiſche Recht, Vertretung fanden.

Im September 1874 hielt die Kommission ihre ersten, der Feststellung des Arbeitsplans gewidmeten Sitzungen ab. Sie entschied sich im Einklange mit dem erwähnten Gutachten dahin, weder eines der geltenden Gesetzbücher noch einen der Gesetz-Entwürfe, die theils im Auftrage des vormaligen Deutschen Bundes, theils von einzelnen deutschen Staaten (Bayern, Großherzogthum Hessen) ausgearbeitet worden waren, ihren Berathungen zu Grunde zu legen, sondern durch fünf ihrer Mitglieder Entwürfe für den Allgemeinen Theil, das Recht der Schulverhältnisse, das Sachenrecht, das Familienrecht und das Erbrecht aufstellen zu lassen. Die Ausarbeitung der Theilentwürfe nahm, insbesondere dadurch, daß zuvor das gesammte in Deutschland geltende Recht festgestellt und geprüft werden mußte, eine Reihe von Jahren in Anspruch. Bis zum Oktober 1881 waren diese Vorarbeiten so weit gediehen, daß die Kommission in die Berathung der Theilentwürfe eintreten konnte. Soweit der das Recht der Schulverhältnisse betreffende Theilentwurf, dessen Redaktor in eine tödtliche Krankheit verfallen war, nicht hatte vollendet werden können, diente im Wesentlichen der früher auf Veranlassung des Bundestags ausgearbeitete, sogenannte Dresdener Entwurf eines Allgemeinen deutschen Gesetzes über Schulverhältnisse den Berathungen als Grundlage. Gegen Ende Dezember 1887 war der Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuchs von der Kommission in erster Lesung vollendet und wurde nunmehr durch den Vorsitzenden der Kommission dem Reichskanzler überreicht. Zu dem Entwurfe waren unter Benutzung der von den Redaktoren zu den Theilentwürfen ausgearbeiteten Begründung sowie an der Hand der von der Kommission genehmigten Berathungsprotokolle Motive aufgestellt, die jedoch einer Prüfung der Gesamtkommission nicht unterlegen hatten.

Zufolge Beschlusses des Bundesraths vom 31. Januar 1888 ist der so in erster Lesung festgestellte Entwurf nebst den Motiven veröffentlicht worden. In dem Vorworte der amtlichen Ausgabe war es als erwünscht bezeichnet, daß nicht nur die Vertreter der Rechtswissenschaft und die zur Rechtspflege Berufenen, sondern auch die Vertreter wirthschaftlicher Interessen von dem Entwurf Kenntniß nehmen und mit ihren Urtheilen und Vorschlägen behufs Verwerthung für die weitere Beschlußfassung hervortreten möchten. Dieser Wunsch hat sich im weitesten Umfange verwirklicht; die Zusammenstellung der bekannt gewordenen Äußerungen, welche im Reichsjustizamt behufs leichterer Verwerthung des Materials veranstaltet wurde, umfaßt sechs Druckbände. Die Urtheile über den Entwurf gingen weit auseinander. Mehrfach wurde die Ansicht laut, derselbe sei nicht geeignet, als Ausgangspunkt für die Neugestaltung des Bürgerlichen Rechtes zu dienen. Namentlich wurde ihm der Vorwurf gemacht, er verfolge eine einseitige romanistische Richtung und werde den sozialen und wirthschaftlichen Aufgaben nicht gerecht, welche die Gegenwart an eine Privatrechtsordnung stelle; auch entbehre er in seiner Fassung der Volksthümlichkeit. Ueberwiegend hat indessen die Kritik sich dahin geäußert, daß der Entwurf, wenngleich in vielen Stücken der Verbesserung bedürftig, doch eine taugliche Grundlage für die weitere Arbeit bilde.

In Verfolg des Beschlusses vom 31. Januar 1888, welcher die Bestimmung über eine zweite Lesung des Entwurfes vorbehalten hatte, beschloß der Bundesrath am 4. Dezember 1890, daß der Entwurf einer zweiten Lesung unterzogen und zu diesem Zwecke eine neue Kommission von zweiundzwanzig Mitgliedern — theils Juristen, theils Vertretern der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen — eingesetzt werden solle. Bei der Auswahl der juristischen Mitglieder war die Rücksicht maßgebend, daß Theorie und Praxis, neben dem Richterstand auch der Anwaltstand, sowie die innerhalb des Deutschen Reichs bestehenden größeren Rechtsgebiete vertreten sein müßten, daß außerdem der Zusammenhang mit den Arbeiten der früheren Kommission zu wahren sei. Bei der Auswahl der übrigen Mitglieder entschied die Rücksicht auf eine fachkundige Vertretung der Landwirthschaft, des Handels und des Gewerbes sowie der Theorie der Volkswirthschaft.

Die sachlichen Berathungen der Kommission begannen im April 1891. Während der ganzen Dauer dieser Berathungen wurde über die Ergebnisse wöchentlich im Reichsanzeiger Mittheilung gemacht und so der Kritik Gelegenheit geboten, fortlaufend von dem Inhalte der Beschlüsse Kenntniß zu nehmen. Es wurden ferner die nach Maßgabe der Beschlüsse der Gesamtkommission von der Redaktionskommission vorläufig festgestellten Theilentwürfe durch den Druck der Oeffentlichkeit übergeben, auch in dieser Gestalt sämtlichen Mitgliedern des Reichstags zur Verfügung gestellt, und zwar die Entwürfe des allgemeinen Theiles, des Rechtes der Schuldverhältnisse und des Sachenrechts im Jahre 1894, die Entwürfe des Familienrechts und des Erbrechts im Jahre 1895. Im Juni 1895 gelangten die sachlichen Berathungen der Kommission zum Abschlusse. Nachdem auch die Fassung endgültig festgestellt worden war, konnte Ende Oktober 1895 der gesammte Entwurf dem Bundesrath vorgelegt werden. Die weiteren Berathungen der Kommission hatten den Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Gegenstande, welcher in den letzten Tagen des Jahres festgestellt und dem Bundesrath vorgelegt worden ist¹⁾.

Das Gesetzbuch beschränkt sich, seinem Zwecke entsprechend, auf das Gebiet des bürgerlichen Rechtes, läßt also das öffentliche Recht unberührt, wenngleich es im Zusammenhange mit der Ordnung privatrechtlicher Verhältnisse auch einzelne in das öffentliche Recht eingreifende Vorschriften giebt. Andererseits wird das bürgerliche Recht vollständig und erschöpfend geregelt, soweit nicht in dem Gesetzbuche selbst oder in dem Einführungsgesetze Ausnahmen vorgesehen sind.

1) Der Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches wurde am 17. Januar 1896 dem Reichstage überreicht, der ihn vom 3. bis 6. Februar in 1. Lesung berieth und einer Kommission überwies. Diese hielt 53 Sitzungen ab, beschloß eine Anzahl zum Theil wichtiger Abänderungen und begründete sie in einem schriftlichen Berichte, der in den folgenden Anmerkungen häufig verwerthet worden ist. Vom 19. Juni bis zum 1. Juli fanden die 2. und 3. Berathung im Plenum statt; hier wurden die Kommissionsbeschlüsse, von redaktionellen Aenderungen abgesehen, nur in 13 Paragraphen umgestaltet. Für die Annahme des Entwurfes stimmten schließlich 222 Abgeordnete, 48 stimmten dagegen, 18 enthielten sich der Abstimmung. Unter dem 18. August 1896 (R. G. Bl. S. 195—603) wurde das B. G. B. vom Kaiser vollzogen und verkündet.

Zu diesen Ausnahmen gehören vor allem die privatrechtlichen Bestimmungen der bestehenden Reichsgesetze. Ihre Ausschcheidung aus den bezüglichen Einzelgesetzen würde vielfach den Zusammenhang der letzteren unterbrechen und damit das Verständniß erschweren. Demgemäß sollen die Vorschriften der Reichsgesetze in Kraft bleiben, soweit nicht aus dem Bürgerlichen Gesetzbuche selbst oder aus dem Einführungsgesetz ihre Aufhebung sich ergibt. Die Aenderungen des Handelsgesetzbuchs, der Civilprozeßordnung und der Konkursordnung, welche sich in Folge des Bürgerlichen Gesetzbuchs als nothwendig ergeben, bilden den Gegenstand einer selbständigen Revision der genannten Gesetze, und zwar so, daß diese Gesetze in ihrer neuen Fassung gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft treten sollen¹⁾.

Der Grundsatz, daß das Gesetzbuch das gesammte Bürgerliche Recht zu umfassen hat, erleidet weiterhin eine Ausnahme durch eine Reihe von Vorbehalten, die zu Gunsten der Landesgesetzgebung gemacht sind. Diese Vorbehalte haben eine verschiedene Tragweite. Einige beschränken sich darauf, für gewisse in das Gesetzbuch einbezogene Theile des Bürgerlichen Rechtes abweichende oder ergänzende landesrechtliche Vorschriften zuzulassen; andere überweisen einzelne privatrechtliche Gebiete der Landesgesetzgebung vollständig. Allgemeine Vorbehalte der letzteren Art sind zunächst für solche Gebiete vorgesehen, deren Regelung zu einem großen Theile in den Bereich des öffentlichen Rechtes fällt und daher meist schon bisher durch besondere Gesetze unabhängig vom Bürgerlichen Rechte erfolgt ist. Es gehören dahin das Bergrecht, das Enteignungsrecht, das Recht der Gemeinheitstheilung, der Zusammenlegung von Grundstücken, der Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse sowie der Ablösung von Dienstbarkeiten und Reallasten. Andere Gegenstände mußten von der Regelung in dem Gesetzbuche deshalb ausgeschlossen werden, weil sie vermöge ihres Zusammenhanges mit den örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der verschiedenen deutschen Gebiete einer einheitlichen Behandlung widerstreben. Aus diesen Gründen sind der Landesgesetzgebung namentlich vorbehalten die Vorschriften über Familienfideikomisse, Lehen und Stammgüter, über Rentengüter, über Erbpachtrechte und über das Anerbengericht in land- oder forstwirtschaftliche Grundstücke, ferner die Vorschriften über das Wasserrecht, mit Einschluß des Mühlen- und Flößereirechts, über das Deich- und Sielrecht, das Jagd- und Fischereirecht und mit gewissen Einschränkungen auch die Vorschriften über das Gefinderecht.

Von den zur Zeit der Landesgesetzgebung unterliegenden Gegenständen haben auch das Versicherungsrecht und das Verlagsrecht im Bürgerlichen Gesetzbuche keine Stelle gefunden. Es ist aber in Aussicht genommen, diese Rechtsmaterien, deren jede für sich ein selbständiges Ganzes bildet, im Anschluß an das Bürgerliche Gesetzbuch reichsgesetzlich zu regeln.

1) Vergl. das S. O. B. vom 10. Mai 1897 nebst E. G., das Gesetz betr. Aenderungen der E. P. O. vom 17. Mai 1898 nebst E. G. und das Gesetz betr. Aenderungen der R. O. vom 17. Mai 1898 nebst E. G.

Einer reichsgesetzlichen Regelung bedürfen ferner mit Rücksicht auf die Art, wie der Entwurf das Liegenschaftsrecht ordnet, das Grundbuchwesen und das Verfahren der mit der Führung der Grundbücher betrauten Behörden. Diese Regelung wird durch eine Grundbuchordnung zu erfolgen haben. Sodann macht es die einheitliche Gestaltung des Liegenschaftsrechts nothwendig, daß die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, für welche bisher wegen der Verschiedenheit des Bürgerlichen Rechtes im Wesentlichen die Landesgesetze maßgebend bleiben mußten (vergl. § 757 der Civilprozeßordnung) nunmehr durch Reichsgesetz geordnet wird. Endlich werden die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, insbesondere auf dem Gebiete des Familienrechts und des Erbrechts, reichsgesetzlich so weit zu regeln sein, als zur einheitlichen Durchführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs erforderlich ist¹⁾.

Inhalt des
Gesetzbuchs.

Das Gesetzbuch ist in fünf Bücher eingetheilt. Das erste Buch „Allgemeiner Theil“ enthält solche Vorschriften, die in allen folgenden Büchern oder mehreren von ihnen gemeinsam sind oder die, wie z. B. die Vorschriften über das Namenrecht und über die juristischen Personen, zwar eine selbständige Bedeutung haben, aber ihrem Gegenstande nach keinem der besonderen Theile angehören. Das zweite Buch „Recht der Schuldverhältnisse“ regelt die Verhältnisse, welche dazu bestimmt sind, den Verkehr, namentlich auf dem Gebiete des Vermögensrechts, zu vermitteln. Das dritte Buch „Sachenrecht“ betrifft das unmittelbare Verhältniß der Personen zu den beweglichen und den unbeweglichen Sachen. In dem vierten Buche „Familienrecht“ werden die Familienverhältnisse und deren Wirkungen auf das Vermögen, insbesondere das persönliche Eherecht, das eheliche Güterrecht, das Elternrecht und das Vormundschaftsrecht, geordnet. Daran schließen sich im fünften Buche „Erbrecht“ die Vorschriften, welche den Uebergang des Vermögens eines Verstorbenen zum Gegenstande haben.

Dem das Gesetzbuch begleitenden Einführungsgesetze fällt hauptsächlich die Aufgabe zu, das Verhältniß des Gesetzbuchs zu den Reichsgesetzen und den Landesgesetzen im Einzelnen zu bestimmen, sowie das internationale Privatrecht zu regeln. Außerdem hat das Einführungsgesetz den Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzbuchs festzustellen und die erforderlichen Uebergangsbestimmungen zu treffen.

1) Die in diesem Abschnitte in Aussicht gestellten Gesetze sind inzwischen erlassen. Vergl. die Grundbuchordnung vom 24. März 1897, das Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 sowie das Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898.

Erstes Buch.

Allgemeiner Theil.

Der erste Abschnitt des Allgemeinen Theiles handelt von den Personen, und zwar im ersten Titel von den natürlichen Personen. An den § 1, welcher den Beginn der Rechtsfähigkeit bestimmt, schließen sich Vorschriften über Volljährigkeit und Volljährigkeitserklärung (§§ 2 bis 5), über Entmündigung (§ 6), Wohnsitz (§§ 7 bis 11) und über den Schutz des Namenrechts (§ 12). Es folgen Bestimmungen über die Todeserklärung eines Verschollenen und die Lebensvermuthung im Falle der Verschollenheit (§§ 13 bis 19) sowie über die Vermuthung des gleichzeitigen Todes Mehrerer, die in gemeinsamer Gefahr umgekommen sind (§ 20). Der zweite Titel (§§ 21 bis 85, 89) handelt von den juristischen Personen.

Inhalts-
übersicht.

Im zweiten Abschnitte „Sachen“ werden die Begriffe der Sache im Allgemeinen (§ 86, 90), der vertretbaren Sache (§ 87, 91), der verbrauchbaren Sache (§ 88, 92) und der wesentlichen Bestandtheile einer Sache bestimmt (§§ 89, 93 bis 92, 96) sowie die Begriffe des Zubehörs (§§ 93, 97, 94, 98), der Früchte (§ 95, 99) und der Nutzungen (§ 96, 100). Im Anschlusse daran werden die Vorschriften gegeben über die Vertheilung der Früchte, wenn Mehrere nach einander zur Ziehung derselben berechtigt sind, über den Anspruch des zur Herausgabe von Früchten Verpflichteten auf Ersatz der auf die Gewinnung der Früchte verwendeten Kosten und über die Vertheilung der Lasten, wenn Mehrere nach einander zur Tragung derselben verpflichtet sind (§§ 97, 101 bis 99, 103).

Der dritte Abschnitt enthält allgemeine Bestimmungen über Rechtsgeschäfte. Im ersten Titel „Geschäftsfähigkeit“ werden zunächst die Voraussetzungen und Wirkungen der Geschäftsunfähigkeit (§§ 100, 104, 101, 105), sodann die der beschränkten Geschäftsfähigkeit (§§ 102, 106 bis 111, 115) geregelt. An der Spitze des zweiten Titels „Willenserklärung“ stehen Vorschriften für die Fälle, in denen die Erklärung mit dem Willen des Erklärenden nicht übereinstimmt, die Fälle der sogenannten Willensmängel (§§ 112, 116 bis 120, 124). Sodann wird die Form der Rechtsgeschäfte behandelt (§§ 121, 125 bis 125, 129). Weiter werden die

Voraussetzungen bestimmt, unter denen eine Willenserklärung, die einem Abwesenden oder einer Behörde gegenüber abzugeben ist, wirksam wird (§§ 126, 130 bis 128, 132). Es folgt ein Grundsatz für die Auslegung von Willenserklärungen (§ 129, 133). Ihm schließen sich an Bestimmungen über Rechtsgeschäfte, die gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen (§ 130, 134), über die Wirkung gesetzlicher oder behördlicher Veräußerungsverbote, die nur den Schutz bestimmter Personen bezwecken (§§ 131, 135, 132, 136), über rechtsgeschäftliche Verfügungsbeschränkungen (§ 133, 137) und über Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen (§ 134, 138). Endlich werden die Folgen der Nichtigkeit und der Anfechtbarkeit eines Rechtsgeschäfts geregelt (§§ 135, 139 bis 140, 144).

Der dritte Titel beschäftigt sich mit dem Vertrage (§§ 141, 145 bis 153, 157). Der vierte Titel handelt von den unter einer Bedingung oder einer Zeitbestimmung vorgenommenen Rechtsgeschäften (§§ 154, 158 bis 159, 163). Der fünfte Titel enthält Bestimmungen über Vertretung und Vollmacht (§§ 160, 164 bis 177, 181), der sechste Titel über die Einwilligung und Genehmigung eines Dritten zu einem Rechtsgeschäfte (§§ 178, 182 bis 181, 185).

Im vierten Abschnitte werden Auslegungsregeln für die in Gesetzen, gerichtlichen Verfügungen und Rechtsgeschäften enthaltenen Frist- und Terminbestimmungen aufgestellt (§§ 182, 186 bis 188, 193). Daran schließen sich im fünften Abschnitte (§§ 189, 194 bis 220, 225) Vorschriften über die Verjährung der Ansprüche, im sechsten Abschnitte (§§ 221, 226 bis 225, 231) Bestimmungen über Selbstvertheidigung und Selbsthilfe¹⁾. Der den Schluß bildende siebente Abschnitt (§§ 226, 232 bis 234, 240) regelt die Art der Sicherheitsleistung für solche Fälle, in denen Jemand nach gesetzlicher oder rechtsgeschäftlicher Bestimmung verpflichtet oder zur Abwendung von Rechtsnachteilen befugt ist, Sicherheit zu leisten, über die Art und Höhe der Sicherheitsleistung aber besondere Bestimmungen nicht getroffen sind.

Die wichtigeren der im ersten Buche behandelten Fragen sind nachstehend einer näheren Erörterung unterzogen.

I. Entmündigung.

Gesichts-
krankheit.

Die Voraussetzungen der Entmündigung hat der Entwurf (§ 6) dem geltenden Rechte gegenüber erweitert. In Uebereinstimmung mit diesem bestimmt er zunächst, daß entmündigt werden kann, wer wegen Geisteskrankheit seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag. Abgesehen von dem Hinweis auf den für die Entmündigung maßgebenden Gesichtspunkt, daß durch die Geisteskrankheit Unfähigkeit des Kranken zur Besorgung seiner Angelegenheiten bewirkt sein muß, ist eine nähere Kennzeichnung der die

1) Der 6. Abschnitt des 1. Buches D. G. B. trägt, weil die Reichstags-Kommission noch den § 226 in das Gesetz aufnahm, eine andere Ueberschrift: R. B. G. 50.

Entmündigung rechtfertigenden Geisteskrankheit entsprechend den aus ärztlichen Kreisen hervorgegangenen Wünschen unterblieben.

Unter der gleichen Voraussetzung wie wegen Geisteskrankheit wird Entmündigung zugelassen wegen Geisteschwäche. Auch derjenige, dessen geistige Kräfte unvollständig entwickelt sind, bedarf, wie besonders von ärztlicher Seite betont worden ist, des Schutzes gegen die nachtheiligen Folgen seiner Einsichtslosigkeit und gegen die Ausbeutung derselben durch Andere. Verneinung der vollen Geschäftsfähigkeit und allgemeine Fürsorge für die persönlichen und die Vermögensangelegenheiten des Geisteschwachen durch Bestellung eines Vormundes sind auch hier die gebotenen Schutzmittel. Im Unterschied aber von der Entmündigung wegen Geisteskrankheit hat die Entmündigung wegen Geisteschwäche nicht völlige Geschäftsunfähigkeit, sondern nur eine Beschränkung der Geschäftsfähigkeit zur Folge, welche den Geisteschwachen einem Minderjährigen gleichstellt.

Geistes-
schwäche.

Entsprechend dem im größten Theile Deutschlands geltenden Rechte kennt der Entwurf ferner eine Entmündigung wegen Verschwendung. Sie soll zulässig sein, wenn der Verschwender durch die Verschwendung sich oder seine Familie der Gefahr des Nothstandes aussetzt. Die rechtliche Wirkung ist die gleiche wie bei der Entmündigung wegen Geisteschwäche. Für die Zulassung der Entmündigung wegen Verschwendung ist neben der Rücksicht auf das Interesse des Verschwenders selbst die Fürsorge für seine Familie und mittelbar für das öffentliche Wohl bestimmend gewesen.

Ver-
schwendung.

In noch höherem Grade tritt der Gesichtspunkt der Fürsorge für die Familie und das öffentliche Wohl bei dem vierten der im Entwurf aufgestellten Entmündigungsgründe hervor, bei der Trunksucht. Die Zulassung der Entmündigung wegen Trunksucht enthält für alle Rechtsgebiete in Deutschland eine Neuerung. Aus sozialpolitischen Gesichtspunkten ist sie indessen, insbesondere auch von ärztlicher Seite, schon häufig dringend gefordert worden. Wenn die Nothwendigkeit gesetzgeberischen Vorgehens gegen die Trunksucht angesichts der durch sie verursachten schweren Schädigungen der wirthschaftlichen und sittlichen Gesundheit des Volkslebens nicht bestritten werden kann, so ergibt sich auch für das bürgerliche Recht unabweislich die Aufgabe, mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln zur Bekämpfung des Uebels mitzuwirken. Unter diesen Mitteln ist die Entmündigung das wirksamste und eingreifendste. Durch die sich daran knüpfende Beschränkung der Geschäftsfähigkeit wird dem Trinker die mißbräuchliche Verwendung seines Vermögens und seines Credits rechtlich unmöglich gemacht. Wichtiger noch ist, daß er in der Ausübung der elterlichen Gewalt beschränkt und ihm selbst ein Vormund bestellt wird, dem die Sorge sowohl für das Vermögen als auch für die Person desselben obliegt. Der Vormund ist insbesondere berechtigt und verpflichtet, geeignetenfalls auch gegen den Willen des Trinkers für dessen Aufnahme und Festhaltung in einer Heilanstalt zu sorgen, um dadurch, wenn möglich, die Heilung des Trinkers herbeizuführen.

Trunksucht.

II. Namenrecht.

Der Entwurf enthält im § 12 eine Vorschrift über den Schutz des Rechtes zum Gebrauch eines Namens. Die geltenden Landesrechte kennen eine derartige allgemeine Bestimmung nicht. Dagegen gewährt die Reichsgesetzgebung schon jetzt nach bestimmten Richtungen einen Schutz des Namens gegen Mißbrauch durch andere (vergl. Art. 27 des Handelsgesetzbuches ¹⁾, § 14 des Gesetzes zum Schutz der Waarenbezeichnungen vom 12. Mai 1894, Reichsgesetzbl. S. 441). Aber auch darüber hinaus ist in der Praxis mehr und mehr die Auffassung zur Anerkennung gelangt, daß ein allgemeiner Anspruch auf Schutz gegen unbefugte Anmaßung eines bürgerlichen Namens bestehe.

Der Entwurf schützt denjenigen, welchem das Recht zum Gebrauch eines Namens zusteht. Ob dieses Recht auf einer Vorschrift des bürgerlichen Rechtes (vergl. die §§ 1338, 1355, 1558, 1577, 1594, 1616, 1682, 1706, 1734, 1758) oder auf einem öffentlichrechtlichen Titel beruht, begründet für die Anwendung der Bestimmung des Entwurfs keinen Unterschied.

Aus der Anerkennung eines Privatrechts am bürgerlichen Namen ergibt sich für den Berechtigten ohne Weiteres die Befugniß, im Falle der Bestreitung seines Rechtes nach § 231, 256 der Civilprozeßordnung auf Feststellung seines Rechtes zu klagen. Auch steht ihm nach den Vorschriften über unerlaubte Handlungen (§ 807, 823) ein Anspruch auf Schadenersatz zu, wenn ihm durch schuldhaft e Verletzung seines Rechtes ein Vermögensschaden zugefügt worden ist. Durch diese Schutzmittel geschieht jedoch dem praktischen Bedürfnisse kein Genüge. Der Entwurf gewährt daher dem Berechtigten im Anschluß an die Praxis nicht nur für den Fall, daß ihm sein Recht bestritten wird, sondern — was praktisch ungleich wichtiger ist — auch dann einen Anspruch auf Beseitigung der Beeinträchtigung und das Recht, auf Unterlassung weiterer Beeinträchtigungen zu klagen, wenn er in seinem Interesse dadurch verletzt wird, daß ein Anderer unbefugt den gleichen Namen gebraucht. Geschützt wird jedes durch den unbefugten Gebrauch des Namens verletzte Interesse des Berechtigten. Das Interesse kann darin bestehen, daß dem Berechtigten nicht in Folge des Mißbrauchs seines Namens und einer dadurch herbeigeführten Verwechslung der Person das Verhalten, die Handlungen und Leistungen eines Anderen zugerechnet werden. Das Interesse kann ferner dahin gehen, daß nicht ein Anderer durch Anmaßung des Familiennamens sich den Anschein der Zugehörigkeit zur Familie des Berechtigten gebe.

III. Todeserklärung. Lebensvermuthung.

Todes-
erklärung.

Alle zur Zeit in Deutschland geltenden Rechte enthalten Vorschriften, welche bestimmt sind, für die Fälle der Verschollenheit den Mißständen vorzu-

1) Vergl. S. G. B. § 37.

beugen, die sich aus der fortbauenden Ungewißheit über Leben und Tod des Verschollenen ergeben würden. Die Art der Regelung ist allerdings sehr verschieden.

Der Entwurf läßt (§§ 13 bis 17) im Anschluß an die Mehrzahl der Rechte, insbesondere an das Gemeine Recht, das Preußische Recht (A.L.R. II, 18, §§ 823 ff.) und die §§ 37 ff. des Sächsischen Gesetzbuches, die im Wege des Aufgebotsverfahrens herbeizuführende Todeserklärung des Verschollenen durch richterliches Urtheil zu, wenn innerhalb bestimmter Zeit keine Nachricht von dessen Leben eingegangen ist. Als regelmäßige Verschollenheitsfrist ist, den Verhältnissen des heutigen Verkehrs entsprechend, nach dem Vorgange des Preußischen Rechtes und zahlreicher anderer Landesgesetze ein verhältnißmäßig kurzer Zeitraum (10 Jahre) vorgesehen (§ 14). Die Frist erfährt noch eine weitere Abkürzung in Fällen, in denen durch besondere Umstände die Wahrscheinlichkeit eines früheren Todes des Verschollenen begründet ist (§§ 15 bis 17). Die Mehrzahl der geltenden Gesetze kennt eine solche Abkürzung der Frist nur für die Kriegs- und die Seeverschollenheit. Allein das praktische Bedürfnis fordert die Abkürzung auch überall da, wo Jemand bei einem Unfall (Grubenunglück, Theaterbrand, Bergsturz u. s. w.) in Lebensgefahr gerathen und seitdem verschollen ist.

Der Entwurf bestimmt die Wirkung der Todeserklärung dahin, daß sie die Vermuthung begründet, der Verschollene sei in dem Zeitpunkte gestorben, welcher in dem die Todeserklärung aussprechenden Urtheile festgestellt ist (§ 18). Er lehnt es mithin ab, der Vermuthung den Inhalt zu geben, daß der Tod zur Zeit der Erlassung des Todeserklärungsurtheils eingetreten sei. Dem Urtheile ist nicht konstitutive, sondern deklaratorische Bedeutung beigelegt. Diese Regelung, welche zwar für große Theile des Reichs, insbesondere für das Gebiet des Preußischen Rechtes, neu ist, sich aber der im Gemeinen Rechte vorherrschend zur Geltung gelangten Ansicht sowie dem Sächsischen Gesetzbuch anschließt, hat zunächst den Vorzug, daß, dem Zwecke der Todeserklärung entsprechend, als Todestag ein Tag angenommen wird, der, namentlich in den Fällen der erleichterten, häufig jedoch auch in den Fällen der gewöhnlichen Todeserklärung, dem wirklichen Todestage des Verschollenen aller Wahrscheinlichkeit nach ungleich näher liegt, als der Tag des Urtheils. Vor Allem aber gewährt die deklaratorische Todeserklärung nicht dem Zufalle, dem Ermessen der Betheiligten und dem Gange des gerichtlichen Verfahrens einen so überwiegenden Einfluß auf die Festsetzung der Todeszeit und die daran sich knüpfenden bedeutsamen Folgen, wie dies bei der konstitutiven Todeserklärung der Fall ist. Im Vergleiche hiermit kann der Nachtheil, daß die Festsetzung des Todestags auf einen vor der Erlassung des Urtheils liegenden Zeitpunkt unter Umständen mit praktischen Schwierigkeiten verbunden ist, nicht ins Gewicht fallen.

Die Todeserklärung begründet regelmäßig nur eine Vermuthung, welche als solche dem Beweise des Gegentheils weicht. Die rechtlichen Beziehungen des Verschollenen regeln sich also zunächst auf Grund der Annahme, daß er in dem durch Urtheil festgesetzten Zeitpunkte gestorben sei. Sobald

aber bewiesen wird, daß der Verschollene zu einer anderen Zeit gestorben ist oder daß er noch lebt, tritt die der wirklichen Sachlage entsprechende Beurtheilung ein, wie wenn eine Todeserklärung nicht erfolgt wäre. Die Rechte des zur Zeit der Todeserklärung noch lebenden Verschollenen gegenüber demjenigen, welcher das zurückgelassene Vermögen in Besitz genommen hat, sind in dem § 2006, 2031 und dem § 2343, 2370 Abf. 2 näher bestimmt.

Weitergehende Wirkungen werden der Todeserklärung hinsichtlich verschiedener familienrechtlicher Beziehungen des Verschollenen beigelegt, so in Betreff der Ehe (§§ 1331, 1348 bis 1335, 1352), der ehemännlichen Verwaltung und Nutznießung (§§ 1402, 1419, 1408, 1425 Abf. 1 Satz 2), der fortgesetzten Gütergemeinschaft (§ 1477, 1494 Abf. 2), der Errungenschaftsgemeinschaft (§§ 1527, 1544, 1530, 1547 Abf. 1 Satz 2), der elterlichen Gewalt (§§ 1655, 1679, 1660, 1684), der Beistandschaft, der Mitgliedschaft in einem Familienrathe sowie in Betreff der Vormundschaft, der Gegenvormundschaft und der Pflegschaft (§§ 1670, 1694, 1854, 1878 Abf. 1, § 1860, 1884 Abf. 2, § 1861, 1885 Abf. 2, §§ 1871, 1895, 1873, 1897, 1891, 1915 Abf. 1, § 1897, 1921 Abf. 3).

Anfechtung. Das die Todeserklärung aussprechende Urtheil kann, wie jedes andere im Aufgebotsverfahren ergehende Urtheil (§ 834, 957 der Civilprozeßordnung), nur mittelst einer besonderen Klage angefochten werden. Die Gründe, aus denen die Anfechtung zulässig ist, sind in der Civilprozeßordnung näher zu bestimmen ¹⁾.

Lebensvermuthung. Die durch die Todeserklärung begründete Todesvermuthung schließt zugleich die Vermuthung in sich, daß der Verschollene bis zu dem im Urtheile festgestellten Zeitpunkte gelebt hat. Daneben stellt der Entwurf (§ 19) eine selbstständige Lebensvermuthung für die Fälle auf, in denen eine Todeserklärung noch nicht erfolgen kann oder doch noch nicht erfolgt ist. Diese Vermuthung wird, was die Fortdauer des Lebens des Verschollenen betrifft, im Anschluß an die Vorschriften über die Todeserklärung geregelt.

IV. Juristische Personen.

1. Vereine.

Aufgabe des Entwurfes. Der Entwurf mußte sich selbstverständlich auf die Regelung der privatrechtlichen Seite der Vereine beschränken. Die Ordnung des öffentlichen Vereinsrechts mit Einschluß des staatlichen Aufsichtsrechts liegt außerhalb seines Rahmens. Die dafür zur Zeit maßgebenden Landesgesetze bleiben unberührt.

Aber auch nach ihren privatrechtlichen Beziehungen war eine erhebliche Zahl von Vereinigungen der Regelung durch das Bürgerliche Gesetzbuch nicht zu unterwerfen. Es gehören dahin zunächst die schon durch die bisherige Reichsgesetzgebung geordneten Vereinigungen, insbesondere die handelsrechtlichen Gesellschaften, die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften und die Gesell-

1) Bergf. C. P. D. § 973, unten Anlage II C. P. D. § 836 o.

schaften mit beschränkter Haftung; für sie bewendet es bei den bisherigen Bestimmungen. Des Weiteren kommen für das Bürgerliche Gesetzbuch nicht in Betracht die dem Versicherungsrecht angehörig Gesellschaften, deren Regelung im Zusammenhange mit der Ordnung des Versicherungsrechts durch ein besonderes Gesetz erfolgen soll. Der Landesgesetzgebung endlich müssen alle die Vereinigungen überlassen bleiben, welche einem der landesrechtlichen Regelung vorbehaltenen Sonderrechtsgebiet angehören, wie dem Agrarrechte, dem Wasserrechte mit Einschluß des Deich- und Sielrechts, dem Forstrechte, dem Bergrechte, dem Jagd- und Fischereirechte. Dem Bürgerlichen Gesetzbuche verbleibt hiernach als hauptfächliche Aufgabe die Ordnung derjenigen Vereine, welche geistige, sittliche, soziale, politische, religiöse und ähnliche Zwecke verfolgen, der Vereine mit sogenannten idealen Tendenzen.

Die erste und wichtigste Frage für die Regelung des privaten Vereinsrechts ist die, unter welchen Voraussetzungen ein Verein Rechtsfähigkeit erlangt. Faßt man die Stellung des geltenden Rechtes zu dieser Frage ins Auge, so finden sich drei Systeme vertreten, das sogenannte Konzessionsystem, das System der freien Körperschaftsbildung und das System der Normativbestimmungen. Nach dem Konzessionsystem ist, soweit nicht besondere gesetzliche Bestimmungen eingreifen, zum Erwerbe der Rechtsfähigkeit Verleihung durch einen besonderen Akt der Staatsgewalt erforderlich. Dieses System gilt reichsgesetzlich für Innungsverbände (§ 104 h¹) der Gewerbeordnung) und für Kolonialgesellschaften (§ 8 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete vom 15. März 1888, Reichs-Gesetzbl. S. 75); es gilt auch im Gebiete des Preussischen Allgemeinen Landrechts, des Französischen Rechts, in Baden und nach mehreren anderen Landesrechten. Das Preussische Recht kennt aber zugleich in den „erlaubten Privatgesellschaften“, die staatlicher Genehmigung nicht bedürfen, Vereine, welche zwar nach außen hin nicht als Körperschaften anerkannt sind, denen aber gleichwohl durch die Praxis in verschiedenen Richtungen, insbesondere was die Parteifähigkeit im Prozesse betrifft, die rechtliche Stellung juristischer Personen beigelegt wird. Anlangend das Gemeine Recht, wird in neuerer Zeit lebhaft darüber gestritten, ob hier das Konzessionsystem gilt oder vielmehr das System der freien Körperschaftsbildung, welchem zufolge jeder rechtmäßig bestehende, korporativ angelegte Verein kraft allgemeinen Rechtsfaktes Rechtsfähigkeit hat, wenn er als solcher, als selbständiges Ganze, in den Verkehr tritt. In der jetzigen, namentlich vom Reichsgericht wiederholt anerkannten Praxis wird überwiegend angenommen, daß ein solcher Verein, wenn er auch keine juristische Person sei, doch als solcher Rechte erwerben, Verbindlichkeiten übernehmen und Prozesse führen könne. Zwischen den beiden erwähnten Systemen steht in der Mitte das System der Normativbestimmungen; nach ihm hängt die Erlangung der Rechtsfähigkeit davon ab, daß ein Verein gewisse im Gesetze bestimmte Voraussetzungen, die eine geordnete innere Organisation und die Sicherheit des Verkehrs mit Dritten gewährleisten sollen, erfüllt und daß diese

Voraussetzungen der Rechtsfähigkeit. Seitens des Recht.

1) Jetzt § 104g (R.G.Bl. v. J. 1897 S. 694).

Erfüllung durch einen behördlichen Akt festgestellt wird. Soweit die neuere Gesetzgebung sich mit der Frage beschäftigt hat, unter welchen Bedingungen gewissen Personenvereinigungen vermögensrechtliche Selbständigkeit zu gewähren sei, ist sie mit verschwindenden Ausnahmen dem dritten Systeme gefolgt. Nachdem dieses System zuerst im Handelsgesetzbuche bezüglich der handelsrechtlichen Vereinigungen zur Anwendung gekommen war, hat die Reichsgesetzgebung es weiter durchgeführt bei der Regelung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, der eingeschriebenen Hülfskassen, der Innungen, der Krankenkassen, der Berufsgenossenschaften zum Zwecke der Unfallversicherung und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Auf der gleichen Grundlage beruht eine größere Anzahl neuerer Landesgesetze. Neben solchen, die sich auf einen engeren Kreis von Vereinigungen, namentlich auf Wald- und Wassergenossenschaften, beziehen, kommen hier besonders in Betracht das Sächsische Gesetz, die juristischen Personen betreffend, vom 15. Juni 1868 und das Bayerische Gesetz, betreffend die privatrechtliche Stellung von Vereinen, vom 29. April 1869. Ersteres erstreckt sich auf alle juristischen Personen mit Ausnahme der dem öffentlichen Rechte angehörigen und der durch besondere Gesetze bereits geregelten, insbesondere der Aktiengesellschaften und der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften. Das Bayerische Gesetz umfaßt alle rechtlich bestehenden oder rechtlich zulässigen Vereinigungen, welche nicht auf einzelne bestimmte Mitglieder beschränkt sind, denen vielmehr unter den in den Statuten bestimmten Voraussetzungen Jeder beitreten kann, sofern sie nicht zu den öffentlichen Korporationen, zu den im Handelsgesetzbuch aufgeführten Handels- oder den Versicherungsgesellschaften sowie ihrem Zwecke nach zu den Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften gehören, auch sonst nicht auf Erwerb, Gewinn oder eigentlichen Geschäftsbetrieb abzielen.

Standpunkt
des
Entwerfers.

Gegen die Annahme des Systems der freien Körperschaftsbildung sprechen, von der Rücksicht auf das geltende Recht und von anderen, insbesondere politischen, Bedenken abgesehen, vor Allem Erwägungen, welche die praktische Anwendbarkeit und die Sicherheit des Rechtsverkehrs betreffen. Diese Erwägungen fordern ein leicht erkennbares Unterscheidungsmerkmal zwischen rechtsfähigen Vereinen und anderen Vereinen; als solches kann aber der Umstand nicht dienen, daß der Wille der zusammentretenden Personen auf Gründung eines rechtsfähigen Vereins gerichtet und eine körperchaftliche Verfassung hergestellt ist. Vielmehr erscheint es nothwendig, die Entstehung eines rechtsfähigen Vereins an einen öffentlichen Akt zu binden.

Gegen die Annahme des Konzeffionsystems lassen sich die hervorgehobenen Bedenken nicht geltend machen; in einem großen Theile des Reichsgebiets durch das geltende Recht anerkannt, leistet es der Forderung, daß die Entstehung eines rechtsfähigen Vereins öffentlich festgestellt werde, durchaus Genüge. Dennoch ist auch in ihm eine geeignete Grundlage für das neue Reichsrecht nicht zu erblicken. Es läßt sich zunächst nicht verkennen, daß sich die neuere Rechtsentwicklung im Wesentlichen von diesem System abgewendet hat. Aber auch vom Standpunkte des Staatsinteresses unterliegt das Konzeffionsystem Bedenken. Wenn die Gewährung oder Ablehnung des Ver-

lehnungsgesuchs von dem Ermessen der Behörde abhängt, so ist Ungleichmäßigkeit der Entscheidungen kaum zu vermeiden, damit aber die Gefahr gegeben, daß solche Entscheidungen von den Betheiligten als willkürlich empfunden werden.

Von den Mängeln des Systems der freien Körperschaftsbildung und des Konzessionsystems ist das System der Normativbestimmungen frei; es gewährt einerseits einen gesetzlich gesicherten Weg zur Erlangung der Rechtsfähigkeit und bietet andererseits durch die Eintragung in ein öffentliches Register ein äußerlich erkennbares Merkmal für die Abgrenzung rechtsfähiger Vereine gegenüber sonstigen Vereinigungen. Der Entwurf (§ 21 Abs. 1, 21) hat sich daher bezüglich derjenigen Vereine, deren Ordnung durch das Bürgerliche Gesetzbuch hauptsächlich in Frage kommt, nämlich der Vereine mit idealen Tendenzen, für die Annahme dieses Systems entschieden. Derartige Vereine sollen durch Erfüllung der gesetzlich bestimmten Erfordernisse und Eintragung in das vom Amtsgerichte geführte Vereinsregister Rechtsfähigkeit erlangen können. Dagegen sollen von dieser Möglichkeit diejenigen Vereine ausgeschlossen sein, deren Zweck auf einen wirthschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist. Für Vereinigungen zu einem solchen Zwecke hat bereits die bisherige Reichsgesetzgebung eine Anzahl Rechtsformen ausgebildet. Für die Revision des Handelsgesetzbuchs ist ferner in Aussicht genommen, den Begriff des Handelsgewerbes und damit auch das Anwendungsgebiet der offenen Handelsgesellschaft und der Kommanditgesellschaft zu erweitern¹⁾. Abgesehen von denjenigen wirthschaftlichen Verbänden, deren Regelung der Landesgesetzgebung überlassen ist, werden es nur wenige wirthschaftliche Vereinigungen sein, denen durch reichsgesetzliche Vorschriften nicht ein angemessener Weg zur Erlangung der erforderlichen vermögensrechtlichen Selbständigkeit eröffnet wird. Unter diesen Umständen lag für das Bürgerliche Gesetzbuch kein Anlaß vor, auch für wirthschaftliche Vereine allgemein das System der Normativbestimmungen einzuführen.

Den Begriff der Vereine mit idealen Tendenzen bestimmt der Entwurf (§ 21 Abs. 1, 21) unter Hervorhebung einiger besonders wichtiger Arten²⁾ durch das negative Merkmal, daß ihr Zweck nicht auf einen wirthschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist. Bei Vereinen, die mit der Verfolgung eines idealen Zweckes einen wirthschaftlichen Geschäftsbetrieb verbinden, hängt die Entscheidung über ihre Eintragungsfähigkeit davon ab, ob der Geschäftsbetrieb zu den Hauptzwecken des Vereins gehört oder nur dazu dient, die zur Verfolgung des idealen Hauptzwecks erforderlichen Mittel beschaffen zu helfen. Hiernach sind insbesondere auch Berufsvereine zur Wahrung der gemeinsamen Interessen von Berufsgenossen eintragungsfähig, sofern sie nicht etwa den Charakter von Produktivgenossenschaften oder Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit an sich tragen. Immerhin werden sich bei der Anwendung des § 21 Abs. 1, 21 des Entwurfes im einzelnen Falle Zweifel über die Eintragungsfähigkeit eines Vereins ergeben. In Folge dessen könnte ein derartiger Verein, wenn er

1) Vergl. S. O. B. § 2.

2) Diese Hervorhebung („Vereine zu gemeinnützigen, wohlthätigen, geselligen, wissenschaftlichen, künstlerischen . . . Zwecken“) ist im S. O. B. § 21 aus redaktionellen Gründen weggelassen. R. B. S. 13.

allein auf den Weg der Eintragung angewiesen wäre, in die mißliche Lage kommen, daß ihm vom Gericht auf Grund der Erwägung, daß ein idealer Zweck nicht vorliegt, die Eintragung, andererseits von der für die Verleihung zuständigen Behörde auf Grund der entgegengesetzten Auffassung die Verleihung der Rechtsfähigkeit verjagt würde. Zur Vermeidung dessen bestimmt der Entwurf, daß Vereine mit idealen Tendenzen außer durch Eintragung auch durch staatliche Verleihung Rechtsfähigkeit erlangen können ¹⁾.

Politische
und
religiöse Ver-
eine.

Unter den Vereinen mit idealen Tendenzen erheischen besondere Beachtung die politischen, sozialpolitischen und religiösen Vereine. Nach den Beschlüssen der im Jahre 1872 niedergesetzten Kommission des Reichstags zur Vorberathung des Entwurfes von Schulze-Dehlißch über die privatrechtliche Stellung der Vereine (Druckf. des Reichstags 1872 Anlage 190) sollten Vereine, die politische oder religiöse Zwecke verfolgen oder solchen Zwecken thatächlich dienen, von dem Erwerbe der Rechtsfähigkeit auf Grund der in jenem Entwurf aufgestellten Normativbestimmungen ganz ausgeschlossen und Vereine von Arbeitgebern oder Arbeitern, welche nach ihren Satzungen oder thatächlich die Veranstaltung von Arbeitsausperrungen oder Einstellungen sich zur Aufgabe machen, nur dann zugelassen werden, wenn sie die Verpflichtung, an den die Verhütung und Schlichtung von Streitigkeiten bezweckenden Einigungs- und Schiedsämtern sich zu betheiligen, statutarisch anerkennen. Der § 72 des Sächsischen Gesetzes vom 15. Juni 1868 macht ganz allgemein die Eintragung von Vereinen, deren Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht, von der Genehmigung des Ministeriums des Innern abhängig.

In der That muß die Rücksicht auf die Folgen, welche sich für das Gemeinwohl und den öffentlichen Frieden aus dem Machtzuwachs ergeben können, der unverkennbar mit der Erlangung der Rechtsfähigkeit verbunden ist, davon abhalten, den politischen, sozialpolitischen und religiösen Vereinen die Rechtsfähigkeit unter den gleichen Voraussetzungen zugänglich zu machen wie den übrigen Vereinen zu idealen Zwecken. Zwar sind die hier in Rede stehenden Vereine nach dem öffentlichen Vereinsrechte der meisten deutschen Staaten gewissen Beschränkungen und in einem weiteren Umfang als andere private Vereine der Staatsaufsicht unterworfen. Allein für große Rechtsgebiete reichen die nach dem öffentlichen Rechte der Staatsgewalt eingeräumten Machtbefugnisse nicht aus, um den angedeuteten, mit dem Systeme der Normativbestimmungen in höherem Maße verbundenen Gefahren zu begegnen. Diese Sachlage darf bei der privatrechtlichen Regelung der Vereine nicht unberücksichtigt gelassen werden: sie fordert, daß bezüglich der politischen, sozialpolitischen und religiösen Vereine der Verwaltung ein Einfluß auf den Erwerb der Rechtsfähigkeit gewahrt bleibe. Demgemäß bestimmt der Entwurf (§§ 58, 61 ff.), daß jede Anmeldung eines Vereins zur Eintragung in das Vereinsregister von dem Amtsgerichte der zuständigen Verwaltungsbehörde mitzutheilen

1) Diese Bestimmung ist von der Kommission gestrichen. Gegen den im Texte erwähnten Uebelstand gewährt das Gesetz keine Abhülfe. R. S. S. 13.

und daß diese berechtigt ist, einen die Eintragung hindernden Einspruch zu erheben, wenn der Verein einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt. Für die Begründung des Einspruchs kommt es nur darauf an, ob der in der Satzung bestimmte Zweck des Vereins ein politischer, sozialpolitischer oder religiöser ist. Zum Schutze gegen ungerechtfertigte Erhebung des Einspruchs läßt der Entwurf eine Anfechtung des Einspruchs zu.

Ähnliche Gründe sprechen dafür, Vereine, die einen dem Gebiete der Erziehung oder des Unterrichts angehörenden Zweck verfolgen, den politischen und religiösen Vereinen gleichzustellen¹⁾.

In den für sämtliche rechtsfähigen Vereine geltenden allgemeinen Vorschriften (§§ 22, 25 bis 51, 54) behandelt der Entwurf zunächst die Verfassung der Vereine. Allgemeine
Vorschriften.
Verfassung.

Als für die Verfassung maßgebend werden nur die Vorschriften des Entwurfes und die Vereinsatzung anerkannt unter Ausschluß landesrechtlicher Bestimmungen (§ 22, 25). Jene Vorschriften sind theils zwingender Natur, namentlich insoweit, als sie bezwecken, das Vorhandensein der unentbehrlichen Vereinsorgane und den Schutz Dritter sowie der Mitglieder sicherzustellen, theils treten sie nur in Ermangelung abweichender Satzungen ergänzend ein.

Der Entwurf stellt zunächst den Grundsatz auf, daß jeder Verein einen Vorstand haben muß und von diesem gerichtlich und außergerichtlich vertreten wird (§ 23, 26). Des Weiteren regelt er die Bestellung des Vorstandes und deren Widerruf, das Verhältniß des Vorstandes zum Vereine, die Beschlussfassung eines mehrgliedrigen Vorstandes und die Abgabe von Willenserklärungen gegenüber einem solchen Vorstande (§§ 24, 27 bis 26, 29), sowie die Bestellung sonstiger Vertreter des Vereins und den Umfang ihrer Vertretungsmacht (§ 27, 30). Im Anschluß an die neuere Rechtsentwicklung spricht sodann der § 28, 31 die Haftung des Vereins für alle zum Schadenersatze verpflichtenden Handlungen aus, welche der Vorstand, ein Mitglied desselben oder ein sonst verfassungsmäßig berufener Vertreter in Ausführung der ihm zukommenden Verrichtungen begangen hat. Für solche Handlungen eines Vertreters, welche nur bei Gelegenheit der Ausführung der ihm zukommenden Verrichtungen begangen worden sind, ist dagegen der Verein nicht verantwortlich.

In den Vorschriften über die Mitgliederversammlung werden zunächst deren Aufgabe und die allgemeinen Voraussetzungen eines gültigen Beschlusses bestimmt (§§ 29, 32, 31, 34). Zu einer Aenderung des Vereinszwecks wird ein einstimmiger Beschluß, zu einer anderen Aenderung der Satzung dagegen nach dem Vorgange des Art. 215 des Gesetzes, betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften, vom 18. Juli 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 123)²⁾ und des § 16 des Gesetzes, betreffend die Erwerbs-

1) Anders R. G. B. § 61, wonach kein Einspruchsrecht besteht, wenn der Verein einen dem Gebiete der Erziehung oder des Unterrichts angehörenden Zweck verfolgt. Die Kommission hielt es nicht für notwendig, der Behörde das Einspruchsrecht auch bei diesen Vereinen zu gewähren, weil dem Staate mannigfache Machtmittel gerade auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts zur Seite ständen. R. B. S. 10.

2) Vergl. R. G. B. § 275 Abf. 1.

und Wirthschaftsgenossenschaften, vom 1. Mai 1889 (Reichs-Gesetzbl. S. 55)¹⁾ eine Mehrheit von drei Viertheilen der erschienenen Mitglieder und für Vereine, deren Rechtsfähigkeit auf staatlicher Verleihung beruht, außerdem zu jeder Aenderung der Satzung staatliche Genehmigung erfordert (§ 30, 33). Der § 32, 35 des Entwurfes fügt den Grundsatz hinzu, daß Sonderrechte der Mitglieder ohne deren Zustimmung durch Beschlüsse der Mitgliederversammlung nicht beeinträchtigt werden können. Im Anschluß an die genannten Gesetze (Art. 236, 237²⁾ bezw. §§ 42, 43)³⁾ werden sodann die Voraussetzungen bestimmt, unter denen die Mitgliederversammlung zu berufen ist (§§ 33, 36, 34, 37). Es folgen Vorschriften über die Unübertragbarkeit und Unvererblichkeit der Mitgliedschaft, über die Ausübung derselben durch einen Anderen und über das Austrittsrecht der Mitglieder (§§ 35, 38, 36, 39).

Auflösung.

Anlangend die Auflösung der Vereine, regelt der Entwurf an erster Stelle die Auflösung durch Beschluß der Mitglieder (§ 38, 41; vergl. Art. 242 Nr. 2 des Handelsgesetzbuchs⁴⁾; § 76 des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889)⁵⁾. Im Einklange mit der bisherigen Gesetzgebung wird ferner die Eröffnung des Konkurses über das Vereinsvermögen als Auflösungsgrund anerkannt (§ 39, 42)⁶⁾.

Der Entwurf giebt sodann in gewissen Fällen der Verwaltungsbehörde die Befugniß, einen rechtsfähigen Verein als solchen aufzulösen, ihn also der Rechtsfähigkeit zu entkleiden (§ 40, 43). Die bezüglichlichen Bestimmungen stehen in engem Zusammenhange mit den Vorschriften des Entwurfes über den Erwerb der Rechtsfähigkeit und sind namentlich durch die Verschiedenheit des öffentlichen Vereinsrechts in den einzelnen Bundesstaaten geboten. Die Vorschrift des § 40, 43 Abs. 1, welche der Staatsbehörde die Befugniß zur Auflösung eines Vereins gewährt, wenn dieser durch gesetzwidrige Beschlüsse der Mitgliederversammlung oder durch gesetzwidriges Verhalten des Vorstandes das Gemeinwohl gefährdet, schließt sich dem § 79 des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, vom 1. Mai 1889⁷⁾ und dem § 62 des Gesetzes, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, vom 20. April 1892 (Reichs-Gesetzbl. S. 477)⁸⁾ an. Vereine, die nach der Satzung einen dem Gebiete der Politik oder der Sozialpolitik, der Religion, der Erziehung oder des Unterrichts⁹⁾ angehörenden Zweck nicht haben, sowie Vereine,

1) Vergl. auch R.G.Bl. v. J. 1898 S. 814. 2) Vergl. S.G.B. §§ 253, 254.

3) Jetzt §§ 44, 45 (R.G.Bl. v. J. 1898 S. 820, 821).

4) Vergl. S.G.B. § 292 Nr. 2. 5) Jetzt § 78 (R.G.Bl. v. J. 1898 S. 828).

6) Das Gesetz spricht nicht von der Auflösung, sondern vom Verluste der Rechtsfähigkeit des Vereins. Die Kommission beschloß diese Aenderung, weil das B.G.B. nur den Erwerb und Verlust der Rechtsfähigkeit ordnet, während die Entstehung und die Auflösung zu bestimmen, dem öffentlichen Vereinsrechte vorbehalten worden ist. Dieselbe Aenderung findet sich auch in den §§ 43 bis 45, 50, 51, 73 und 74 des B.G.B. Vergl. R.B. S. 14, St.B. S. 217, 218.

7) Jetzt § 81 (R.G.Bl. v. J. 1898 S. 828).

8) Vergl. auch R.G.Bl. v. J. 1898 S. 862.

9) Im B.G.B. § 43 Abs. 3 sind die Worte „der Erziehung oder des Unterrichts“ in Konsequenz der Abänderung des C. § 58 (s. die Anm. dazu oben S. 11) gestrichen.

deren Zweck nach der Satzung nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, sollen außerdem dann aufgelöst werden können, wenn sie einen solchen der Satzung widersprechenden Zweck verfolgen. Im ersten Falle dient die Auflösungsbefugniß gegenüber einem eingetragenen Verein als notwendige Ergänzung des der Verwaltungsbehörde beigelegten Einspruchsrechts, im zweiten Falle rechtfertigt sie sich durch die Gründe, aus denen der Entwurf wirtschaftlichen Vereinen den Weg der Eintragung nicht eröffnet hat. Dieselbe Auflösungsbefugniß erscheint aber auch gegenüber Vereinen, die durch staatliche Verleihung Rechtsfähigkeit erlangt haben, zur Wahrung des öffentlichen Interesses unentbehrlich. Die Auflösung solcher Vereine muß außerdem auch dann zugelassen werden, wenn sie einen anderen als den in der Satzung vorgesehenen Zweck verfolgen, da sonst das Erforderniß staatlicher Genehmigung zu einer Aenderung der Satzung (§ 30, 33 Abs. 2) umgangen werden könnte.

Die Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens für die Auflösung bleibt wegen des engen Zusammenhanges mit dem öffentlichen Vereinsrechte den Gesetzen des Bundesstaats¹⁾ vorbehalten, in dessen Gebiete der Verein seinen Sitz hat (§ 41, 44 Abs. 1).

Daß die gemäß § 40, 43 erfolgte Auflösung eines Vereins nicht einen Anspruch auf Entschädigung gegen die beteiligten Beamten und den Staat begründet, ist, abweichend von dem § 79 Abs. 1 des Gesetzes vom 1. Mai 1889²⁾ und dem § 62 des Gesetzes vom 20. April 1892, nicht besonders ausgesprochen, weil es sich aus den sonstigen Vorschriften des Entwurfes über die Verpflichtung zum Schadenersatz von selbst ergibt.

Neben dem § 40, 43 werden die öffentlichrechtlichen Vorschriften der Landesgesetze über die Schließung und Auflösung der Vereine unberührt bleiben. Die auf Grund dieser Vorschriften erfolgte Auflösung eines rechtsfähigen Vereins zieht ebenso wie die Auflösung nach § 40, 43 den Verlust der Rechtsfähigkeit nach sich. Der Eintritt der fraglichen Rechtsfolge hat im Entwurfe durch die Vorschrift im § 71, 74 Abs. 3 noch besonderen Ausdruck gefunden.

Die §§ 42, 45 bis 50, 53 treffen Bestimmung über das rechtliche Schicksal des Vermögens eines aufgelösten Vereins.

Die Frage, wem das Vermögen anfällt, entscheidet sich in erster Linie nach der Satzung oder dem satzungsgemäß erfolgten Beschlusse der Mitgliederversammlung oder eines anderen Vereinsorgans. In zweiter Linie bestimmt der Entwurf als Anfallberechtigte bei Vereinen, die nach der Satzung ausschließlich den Interessen ihrer Mitglieder dienen, dem muthmaßlichen Willen der Beteiligten entsprechend, die zur Zeit der Auflösung vorhandenen Mitglieder, bei anderen Vereinen den Fiskus des Bundesstaats, in dessen Gebiete

1) Gemäß B.G.B. § 44 bestimmen sich die Zuständigkeit und das Verfahren nach den für streitige Verwaltungssachen geltenden Vorschriften der Landesgesetze, event. nach den §§ 20, 21 der G.D. Die Aenderung bezweckt, den Vereinen die nöthigen Rechtsgarantien gegen ungerechtfertigte Entziehung der Rechtsfähigkeit zu gewähren. R.V. S. 10, St.V. S. 217, 222.

2) Zept § 81 Abs. 1 (R.G.Bl. v. J. 1898 S. 828).

der Verein seinen Sitz hatte, letzteren jedoch unter Auflage der Verpflichtung, das Vermögen thunlichst in einer den Zwecken des Vereins entsprechenden Weise zu verwenden. Uebrigens soll bei Vereinen mit idealen Tendenzen auch ohne besondere Ermächtigung durch die Satzung der gesetzliche Anfall des Vermögens an die Mitglieder oder an den Fiskus dadurch ausgeschlossen werden können, daß die Mitgliederversammlung das Vermögen einer öffentlichen Stiftung oder Anstalt zuweist. Zur Gültigkeit eines dahin gehenden Beschlusses genügt einfache Stimmenmehrheit (§ 42, 45).

Bezüglich der Art der Ueberleitung des Vereinsvermögens auf die Anfallberechtigten wird zwischen dem Anfall an den Fiskus und dem Anfall an andere Personen unterschieden (§§ 43, 46, 44, 47). Der Fiskus erwirbt das Vermögen unmittelbar kraft Gesetzes unter entsprechender Anwendung der Vorschriften über eine dem Fiskus als gesetzlichem Erben anfallende Erbschaft. Anderen Berechtigten wird dagegen nach dem Vorbilde der Art. 202, 243, 245 Abs. 2, 3 des Handelsgesetzbuchs¹⁾ und anderer Reichsgesetze sowie des Sächsischen Gesetzes vom 15. Juni 1868 und des Bayerischen Gesetzes vom 29. April 1869 das Vermögen erst nach einem das Interesse der Gläubiger währenden Liquidationsverfahren durch die Liquidatoren ausgeantwortet.

**Eingetragene
Vereine.**

Durch die besonderen Bestimmungen über eingetragene Vereine werden zunächst die örtliche Zuständigkeit für die Eintragung (§ 52, 55) sowie die Erfordernisse der Eintragung geregelt. Diese Erfordernisse sind von verschiedener Tragweite, indem von ihrer Erfüllung zum Theil nur die Zulässigkeit der Eintragung, zum Theil auch die Rechtswirksamkeit der erfolgten Eintragung abhängt. Als Erforderniß der letzteren Art stellt der Entwurf, abgesehen von der früher erwähnten Voraussetzung in Betreff des Vereinszwecks (§ 21 Abs. 1, 21), nur eines auf: die Satzung muß den Zweck, Namen und Sitz des Vereins enthalten und ergeben, daß der Verein eingetragen werden soll (§ 54, 57 Abs. 1). Die Zulässigkeit der Eintragung wird außerdem abhängig gemacht von einer Mindestzahl von 7 Mitgliedern (§ 53, 56; vergl. § 4 des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, vom 1. Mai 1889), von einer den Verein unterscheidenden Gestaltung seines Namens (§ 54, 57 Abs. 2), von einem gewissen Inhalte der Satzung (§ 55, 58) und von der in bestimmter Form (§ 74, 77) und unter Beifügung gewisser Urkunden erfolgten Anmeldung des Vereins durch den Vorstand (§ 56, 59). Im Anschluß an die bisherige Gesetzgebung (§ 11 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, vom 1. Mai 1889; Art. 18 des Bayerischen Gesetzes vom 29. April 1869; § 66 des Sächsischen Gesetzes vom 15. Juni 1868) verlangt der Entwurf insbesondere noch, daß der Anmeldung auch ein Mitgliederverzeichniß beigelegt wird (§ 56 Abs. 2 Nr. 2)²⁾. Es liegt dies im Interesse der Vereine selbst und ihrer Gläubiger, da die Kreditwürdigkeit des Vereins zum Theil nach seinen Mitgliedern

1) Vergl. H. G. B. §§ 293, 297, 301 Abs. 1, 2.

2) Diese Nr. 2 wurde gestrichen, weil sie eine unnötige Arbeitser schwerung enthalte. R. D. S. 15.

beurtheilt wird, und giebt außerdem der Verwaltungsbehörde eine Grundlage für die Prüfung, ob Anlaß ist, von ihrem Einspruchsrechte Gebrauch zu machen.

Ist den erwähnten Erfordernissen genügt, so soll das Amtsgericht die Anmeldung der nach den Landesgesetzen zuständigen Verwaltungsbehörde mittheilen (§ 58, 61 Abs. 1). Die Gründe, aus denen der Entwurf (§ 58, 61 Abs. 2) der Verwaltungsbehörde die Befugniß einräumt, durch ihren Einspruch die Eintragung von Vereinen, die einen dem Gebiete der Politik oder der Sozialpolitik, der Religion, der Erziehung oder des Unterrichts¹⁾ angehörenden Zweck verfolgen, schlechthin zu verhindern, sind bereits dargelegt worden. Die Rücksicht auf das Gemeinwohl gebietet aber weiter, den Einspruch auch dann zuzulassen, wenn der Verein nach dem öffentlichen Vereinsrecht unerlaubt ist oder verboten werden kann. Durch die Ausdehnung des Einspruchsrechts auf den letzteren Fall wird insbesondere der Verwaltungsbehörde die Möglichkeit gegeben, in geeigneten Fällen einem Vereine den Erwerb der Rechtsfähigkeit vorzuenthalten, ohne den Verein im Uebrigen zu verbieten. Zum Schutze der Vereine gegen einen ungerechtfertigten Gebrauch des Einspruchsrechts gestattet der Entwurf (§ 59, 62) die Anfechtung des Einspruchs, behält aber auch hier die Ordnung der Zuständigkeit und des Verfahrens den Landesgesetzen vor²⁾.

Die Eintragung darf, sofern nicht die Verwaltungsbehörde dem Amtsgerichte mittheilt, daß Einspruch nicht erhoben werde, nur erfolgen, wenn entweder nicht rechtzeitig Einspruch erhoben oder der Einspruch endgültig aufgehoben ist (§ 60, 63). Was den Inhalt der Eintragung betrifft, so ist darauf Bedacht genommen, daß Dritte alles für sie Wichtige daraus ersehen können (§ 61, 64). Die Vorschriften des Entwurfes über die Rückgabe der Satzung nach der Eintragung und über die mit der Eintragung eintretende Ergänzung des Vereinsnamens (§§ 62, 65, 63, 66), über Aenderungen des Vorstandes und die erneute Bestellung eines Vorstandsmitgliedes (§§ 64, 67 bis 67, 70), über Aenderungen der Satzung (§ 68, 71), die Auflösung im Falle des Herabsinkens der Zahl der Mitglieder unter drei (§ 70, 73), die Eintragung der Auflösung und der Liquidatoren (§§ 71, 74 bis 73, 76), die Form der Anmeldungen zum Register (§ 74, 77), die Befugniß des Amtsgerichts zur Verhängung von Ordnungsstrafen (§ 75, 78) und die Oeffentlichkeit des Vereinsregisters (§ 76, 79) schließen sich im Wesentlichen an entsprechende Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften vom 1. Mai 1889 und des Gesetzes, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, vom 20. April 1892 an. Mit Rücksicht auf die Vorschriften der §§ 34, 37, 70, 73) verpflichtet der Entwurf (§ 69, 72) außerdem

1) Die Worte „der Erziehung oder des Unterrichts“ fehlen im B.G.B. § 61. Vergl. oben S. 11 Anm. 1.

2) In Konsequenz der Abänderung des E. § 41 (s. oben S. 13) ist im B.G.B. § 62 Abs. 2 bestimmt, daß die Anfechtung des Einspruchs im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens, event. nach G.D. §§ 20, 21 erfolgt. R.B. S. 17.

den Vorstand, dem Amtsgericht auf dessen Verlangen jeder Zeit ein Mitgliederverzeichnis einzureichen.

Nicht
rechtsfähige
Vereine.

Mit der Regelung der rechtsfähigen Vereine hängt die Stellungnahme des Entwurfs gegenüber den nicht rechtsfähigen Vereinen (§ 51, 54) auf das Engste zusammen. Wie oben bereits erwähnt wurde, geht die Rechtsprechung, insbesondere in den Gebieten des Gemeinen und des Preussischen Rechtes, überwiegend dahin, Vereinen von nicht geschlossener Mitgliederzahl mit korporativer Verfassung, die Rechtsfähigkeit nicht besitzen, gleichwohl nach verschiedenen Richtungen eine gewisse Selbständigkeit zuzuerkennen, insbesondere in Bezug auf das Verhältniß der Mitglieder zum Vereinsvermögen sowie auf die Parteifähigkeit des Vereins im Prozesse. Obwohl der Entwurf durch seine Vorschriften über eingetragene Vereine die Schwierigkeiten, die nach dem geltenden Rechte dem Erwerbe der Rechtsfähigkeit entgegenstehen, im Allgemeinen beseitigt, so werden doch, wie insbesondere die Erfahrungen in Bayern und Sachsen gezeigt haben, auch in Zukunft vielfach korporativ angelegte und nach dem öffentlichen Vereinsrecht erlaubte Vereine im Verkehr auftreten, ohne die Rechtsfähigkeit zu besitzen. Es ist nicht zu verkennen, daß für derartige Vereine mit wechselndem Mitgliederbestande die Rechtsform der Gesellschaft, auf welche der § 51, 54 Satz 1 verweist, an sich nicht die geeignete ist. Wenn der Entwurf jedoch es abgelehnt hat, jeden Verein der bezeichneten Art ohne Weiteres als rechtsfähig anzuerkennen, und den Erwerb der Rechtsfähigkeit im öffentlichen Interesse an bestimmte Voraussetzungen knüpft, so würde er den Zweck dieser Regelung zu einem erheblichen Theile dadurch wieder vereiteln, daß er Vereinen, die diesen Voraussetzungen nicht genügen wollen oder können, trotzdem eine den rechtsfähigen Vereinen in den wichtigsten Beziehungen gleichartige Rechtsstellung gewährte. Das praktische Bedürfniß erfordert allerdings eine gewisse Erleichterung der Rechtsverfolgung gegen nicht rechtsfähige Vereine. Zu diesem Zwecke ist in Aussicht genommen, in der Civilprozeßordnung zu bestimmen¹⁾, daß Vereine, die nicht rechtsfähig sind, verklagt werden können, wie wenn sie rechtsfähig wären, und daß zur Zwangsvollstreckung in das Vermögen eines nicht rechtsfähigen Vereins ein gegen den Verein erlassenes Urtheil genügt. Abgesehen hiervon aber muß es für die rechtliche Beurtheilung der nicht rechtsfähigen Vereine dabei bewenden, daß auf sie die Vorschriften über die Gesellschaft Anwendung finden. Im Anschluß an den Art. 717 Abs. 2 des Schweizerischen Obligationenrechts (vergl. auch Art. 211 Abs. 2²⁾ des Handelsgesetzbuchs) ist jedoch zum Schutze Dritter eine ergänzende Bestimmung dahin getroffen, daß aus einem Rechtsgeschäfte, welches im Namen eines solchen Vereins einem Dritten gegenüber vorgenommen wird, der Handelnde dem Dritten persönlich verantwortlich ist und mehrere Handelnde als Gesamtschuldner haften (§ 51, 54 Satz 2). Diese Haftung soll auch dann eintreten, wenn der Dritte wußte oder wissen mußte, daß er es mit dem Vertreter eines nicht rechtsfähigen Vereins zu thun habe.

1) Vergl. E. P. O. §§ 50, 735, unten Anlage II E. P. O. §§ 49 a, 670 a.

2) Jetzt § 200 Satz 2.

2. Stiftungen.

Der zweite Abschnitt des von den juristischen Personen handelnden Titels beschränkt sich auf die privatrechtlichen Stiftungen im Gegensatz zu den in § 85, 89 erwähnten Stiftungen des öffentlichen Rechtes. Wenngleich die Abgrenzung zwischen beiden Arten der Stiftung eine unsichere ist, so würde es doch über den Rahmen des Bürgerlichen Gesetzbuchs hinausgehen, die Regelung auf die öffentlichen Stiftungen auszudehnen. Aber auch die privatrechtlichen Stiftungen fallen keineswegs ausschließlich in das Gebiet des bürgerlichen Rechtes. An der Begründung, der ordnungsmäßigen Verwaltung und dem Fortbestande der Stiftungen hat die Gesamtheit ein so erhebliches Interesse, daß auch das öffentliche Recht sie in weitem Umfang erfassen muß. Für den Entwurf kann es sich daher um eine erschöpfende reichsrechtliche Regelung des Stiftungsrechts nicht handeln.

*Aufgabe
des
Entwurfs.*

Der Entwurf bestimmt zunächst die Erfordernisse für die Entstehung einer rechtsfähigen Stiftung (§§ 77, 80 bis 80, 83). Er stellt deren zwei auf: ein Stiftungsgeschäft und staatliche Genehmigung.

*Erfordernisse
der
Entstehung.*

Das Erforderniß der Staatsgenehmigung entspricht für den weitaus größten Theil des Reichs dem geltenden Rechte (Preuß. A. L. R. II, 19 §§ 33 ff. und §§ 1, 6 des Preuß. Gesetzes vom 23. Februar 1870; Art. 69 der Bayer. Gemeindeordnung vom 29. April 1869; Sächs. Gesetzbuch § 52 und § 6 des Sächs. Ges. vom 15. Juni 1868; §§ 1, 2 des Bad. Stiftungsgesetzes vom 5. Mai 1870). Es rechtfertigt sich vor Allem durch die Natur des in Frage stehenden Rechtsakts. Das Stiftungsgeschäft geht in seinen Wirkungen über die der Privatautonomie sonst gezogenen Grenzen weit hinaus. Wenn die Rechtsordnung dem Einzelnen die außerordentliche Machtvollkommenheit beilegt, eine Vermögensmasse auf unbeschränkte Zeit einem bestimmten Zwecke zu widmen, so geschieht dies, um Zwecke, welche dem Gemeinwohle dienen, dadurch zu fördern. Nicht zu Gunsten jedes beliebigen Zweckes kann dem Willen des Einzelnen diese Macht eingeräumt werden. Da jedoch eine gesetzliche Feststellung der zulässigen Stiftungszwecke nicht angängig ist, so muß die Wirksamkeit des einzelnen Stiftungsgeschäfts von der Billigung des zuständigen Staatsorgans abhängig gemacht werden.

Das Stiftungsgeschäft kann in einem Rechtsgeschäft unter Lebenden oder in einer Verfügung von Todeswegen bestehen. Für das Stiftungsgeschäft unter Lebenden erfordert der Entwurf gerichtliche oder notarielle Beurkundung (§ 78, 81 Abs. 1), um die durch die Bedeutung des Geschäfts geforderte Gewähr dafür zu schaffen, daß der Wille des Stifters hinreichend deutlich und vollständig festgestellt wird¹⁾. Für das durch Verfügung von Todeswegen errichtete Stiftungsgeschäft ergibt sich ein entsprechendes Formerforderniß aus den für solche Verfügungen geltenden allgemeinen Vorschriften.

1) Nach § 81 B. G. B. bedarf das Stiftungsgeschäft unter Lebenden nur der schriftlichen Form. Die Reichstags-Kommission erblickte in dem Erfordernisse der staatlichen Genehmigung eine genügende Garantie für die Unzweifelhaftigkeit und Sicherheit der in dem Stiftungsgeschäfte enthaltenen Willenserklärung, R. B. S. 23.

In Bezug auf das Stiftungsgeschäft unter Lebenden regelt der Entwurf ferner das Widerrufsrecht des Stifters und seiner Erben vor der Ertheilung der staatlichen Genehmigung sowie die Ueberleitung des Stiftungsvermögens vom Stifter auf die Stiftung (§ 78, 81 Abs. 2, § 79, 82), bezüglich des Stiftungsgeschäfts von Todeswegen die Verpflichtung des Nachlassgerichts zur Einholung der staatlichen Genehmigung (§ 80, 83). Für den Fall, daß die Stiftung erst nach dem Tode des Stifters genehmigt wird, bestimmt sodann der § 81, 84 den Zeitpunkt, mit dem die Stiftung für die Zuwendungen des Stifters als entstanden gilt.

Verfassung. Hinsichtlich der Verfassung der Stiftungen soll aus dem oben angegebenen Grunde in Ermangelung reichsgesetzlicher Vorschriften zunächst das Landesgesetz und erst nach diesem das Stiftungsgeschäft maßgebend sein (§ 82, 85). Der Entwurf selbst (§ 83, 86) beschränkt sich darauf, die entsprechende Anwendung einzelner für die Vereine geltenden Vorschriften anzuordnen. Hierzu gehört insbesondere die Vorschrift des § 23, 26 Abs. 1 Satz 1, wonach jeder Verein einen Vorstand haben muß. Dieselbe soll für alle Stiftungen, also auch für diejenigen gelten, deren Verwaltung von einer öffentlichen Behörde geführt wird. Bei Stiftungen der letzteren Art versteht es sich aber von selbst, daß der Vorschrift schon dann Genüge geschehen ist, wenn die Behörde die Stellung des Vorstandes einnimmt.

Erlöschen und Umwandlung. Auch die Regelung des Erlöschens und der Umwandlung der Stiftungen muß im Allgemeinen den Landesgesetzen überlassen bleiben¹⁾. Ebenso gewährt der Entwurf bezüglich der Frage, wem das Vermögen einer erloschenen Stiftung anfällt, den Landesgesetzen dadurch einen maßgebenden Einfluß, daß er in dieser Beziehung die Verfassung der Stiftung für entscheidend erklärt (§ 84, 88 Satz 1). Dagegen wird die Art der Ueberleitung des Stiftungsvermögens auf die Anfallberechtigten durch Bezugnahme auf die für Vereine gegebenen Vorschriften reichsrechtlich geregelt (§ 84, 88 Satz 2).

3. Juristische Personen des öffentlichen Rechtes.

Der Entwurf (§ 85, 89) erwähnt als juristische Personen des öffentlichen Rechtes außer dem Fiskus und den öffentlichrechtlichen Körperschaften und Stiftungen besonders die Anstalten des öffentlichen Rechtes, weil sich nicht selten Zweifel darüber erheben, ob eine solche Anstalt den Körperschaften und Stiftungen zuzurechnen ist.

Der Entwurf beschränkt sich im Uebrigen darauf, für die juristischen Personen des öffentlichen Rechtes zwei für den bürgerlichen Verkehr wichtige Bestimmungen zu treffen.

Er erklärt zunächst im Anschluß an die neuere Rechtsprechung die Vorschrift des § 28, 31 über die Haftung eines Vereins für Handlungen seiner

1) Die Reichstags-Kommission war jedoch der Ansicht, daß zu einem solchen Vorbehalte, wie ihn Art. 85 des E. eines E. G. zum B. G. B. aussprach, kein genügender Grund vorliege. Sie nahm deshalb unter Streichung des erwähnten Art. 85 in das B. G. B. die Bestimmung des § 87 auf. R. B. G. 24.

Organe für entsprechend anwendbar. Diese Haftung bezieht sich jedoch nur auf solche zum Schadenserfasse verpflichtende Handlungen, welche von den Organen in Ausübung ihrer privatrechtlichen Vertretungsmacht vorgenommen werden. Die Frage, ob und inwieweit der Staat, die Gemeinden und andere Kommunalverbände auch für den von ihren Beamten in Ausübung der ihnen anvertrauten öffentlichen Gewalt Dritten zugefügten Schaden haften, gehört dem öffentlichen Rechte an; ihre Entscheidung muß daher den Landesgesetzen überlassen bleiben.

Auf die Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechtes soll ferner, soweit bei ihnen Konkurs zulässig ist, die Vorschrift des § 39, 42 Abs. 2 entsprechende Anwendung finden, welche den Vorstand eines Vereins verpflichtet, im Falle der Ueberschuldung die Konkursöffnung zu beantragen.

Weitere Bestimmungen über die juristischen Personen des öffentlichen Rechtes hat der Entwurf nicht aufgenommen. Insbesondere erachtet er es lediglich als Aufgabe des öffentlichen Rechtes, die Verfassung der seinem Bereich angehörigen juristischen Personen so zu gestalten, daß sie befähigt werden, durch geeignete Organe, soweit erforderlich, an dem privatrechtlichen Verkehr Theil zu nehmen.

V. Rechtsgeschäfte.

1. Willensmängel.

Der Entwurf hat den Einfluß der Willensmängel auf die Gültigkeit der Rechtsgeschäfte nicht nach einer bestimmten Theorie geregelt, sondern lediglich nach praktischen Gesichtspunkten, welche den verschiedenen in Betracht kommenden Interessen thunlichst gerecht werden.

An erster Stelle behandelt der Entwurf den Fall des geheimen Vorbehalts (§ 112, 116). Durch einen solchen Vorbehalt wird die Gültigkeit der Willenserklärung im Allgemeinen nicht berührt, weil dem Erklärenden nicht gestattet werden darf, seine Erklärung durch Berufung auf eigene Arglist zu entkräften. Diese Regel gilt für Willenserklärungen, die nicht einem Anderen gegenüber abzugeben sind, insbesondere auch für letztwillige Verfügungen, ausnahmslos. Abweichend behandelt der Entwurf die Willenserklärungen, die einem Anderen gegenüber abzugeben sind. Diese auch sonst vielfach hervor gehobene Art der Willenserklärungen umfaßt sowohl einseitige, einem Anderen gegenüber abzugebende Erklärungen, wie z. B. die Kündigung, die Mahnung, als auch Vertragserklärungen. Eine derartige Erklärung ist nichtig, wenn der Andere den geheimen Vorbehalt gekannt hat, weil dann die Möglichkeit einer Täuschung und Schädigung des Anderen ausgeschlossen ist. Die Ausnahmebestimmung gilt jedoch nicht für die Eheschließung. Unter die Vorschriften des § 112, 116 fällt übrigens auch eine Willenserklärung, die zum Scherz, aber mit der Absicht, den Anderen über den Mangel der Ernstlichkeit zu täuschen, abgegeben ist.

Nach § 113, 117 Abs. 1 ist eine gegenüber einem Anderen abzugebende Willenserklärung, die mit dessen Einverständnis nur zum Scheine abgegeben

¹ Geheimer Vorbehalt.

² Scheingeschäft.

wird, nichtig. Die Vorschrift erleidet eine Ausnahme nur bei der Eheschließung. Die Nichtigkeit des Scheingeschäfts kann von den Parteien sowohl gegen einander, als auch gegenüber Dritten geltend gemacht werden; nicht minder können sich Dritte darauf berufen. Gutgläubige Dritte, die im Vertrauen auf die Gültigkeit des Scheingeschäfts von dem Scheinwerber ein Recht eingeräumt erhalten haben, werden geschützt nach Maßgabe der Vorschriften zu Gunsten derjenigen, die Rechte von einem Nichtberechtigten herleiten, namentlich also durch den Grundsatz des öffentlichen Glaubens des Grundbuchs (§§ 876, 892, 877, 893) und durch die Vorschriften über den redlichen Erwerb von beweglichen Sachen und von Rechten an solchen (§§ 916, 932 bis 920, 936, 1015, 1032, 1190, 1207). Einen besonderen Schutz gewährt der § 399, 405 im Anschluß an das Französische und Schweizerische Recht dem Erwerbe einer zum Scheine begründeten Forderung, falls eine Urkunde über die Schuld von dem Schuldner ausgestellt und die Forderung unter Vorlegung der Urkunde abgetreten ist. Die Gültigkeit eines durch das Scheingeschäft verdeckten anderen Rechtsgeschäfts bestimmt sich nach den für das letztere Rechtsgeschäft geltenden Vorschriften (§ 113, 117 Abs. 2).

Scherz u. f. m.

Der § 114, 118 betrifft die nicht ernstlich gemeinten Willenserklärungen, die in der Erwartung abgegeben werden, der Mangel der Ernstlichkeit werde nicht verkannt werden, insbesondere den Fall einer scherzweise abgegebenen Erklärung, bei welcher der Erklärende glaubt, der Scherz werde verstanden, sowie den Fall des mißlungenen Scheingeschäfts, bei welchem der Erklärende die Kenntniß seiner Absicht, ein Scheingeschäft vorzunehmen, und das Einverständnis mit dieser Absicht bei dem anderen Theile irrtümlich voraussetzt. Erklärungen dieser Art sind nichtig. Aus Gründen der Billigkeit und mit Rücksicht auf die Verkehrssicherheit verpflichtet jedoch der § 118, 122 den Erklärenden, auch wenn ihm ein Verschulden nicht zur Last fällt, bei der gegenüber einem Anderen abzugebenden Erklärung dem Anderen, bei sonstigen Erklärungen jedem Dritten den Schaden zu ersetzen, welchen derselbe dadurch erleidet, daß er auf die Gültigkeit der Erklärung vertraut hat. Die Ersatzpflicht soll indessen nicht über den Betrag desjenigen hinausgehen, was der Geschädigte im Falle der Gültigkeit der Erklärung wegen Nichterfüllung der Verbindlichkeit würde verlangen können. Sie ist ausgeschlossen nicht nur, wenn der Geschädigte den Mangel der Ernstlichkeit der Erklärung gekannt, sondern auch dann, wenn er ihn in Folge von Fahrlässigkeit nicht gekannt hat.

Irthum.

Im § 115, 119 regelt der Entwurf den praktisch wichtigsten der hier in Betracht kommenden Fälle, den des Irthums. Die Rücksicht auf die Sicherheit des rechtsgeschäftlichen Verkehrs läßt nicht zu, jedem bei einer Willenserklärung untergelaufenen Irthum Einfluß auf die Gültigkeit der Erklärung beizulegen. Nach dem Entwurfe soll demgemäß nur ein Irthum über den Inhalt der Erklärung sowie der Umstand Beachtung finden, daß der Erklärende eine solche Erklärung, wie er sie abgegeben hat, überhaupt nicht abgeben wollte; ein Fall der letzteren Art liegt z. B. vor, wenn der Erklärende sich verspricht, verschreibt oder vergreift. Die Frage, ob der Irthum einen Punkt betrifft, der zum Inhalte der Erklärung (im Gegensatz zu einem bloßen

Beweggründe) gehört, bleibt im Allgemeinen der Auslegung überlassen. Zur Abschneidung von Zweifeln spricht jedoch der Entwurf besonders aus, daß ein Irrthum über solche Eigenschaften der Person oder der Sache, die im Verkehr als wesentlich angesehen werden, als Irrthum über den Inhalt der Erklärung gilt. Die Berücksichtigung eines solchen Irrthums entspricht der neueren Rechtsentwicklung, wie diese in der Gesetzgebung (vergl. Preuß. A. L. R. I, 4 §§ 77, 81, 82) und in der gemeinrechtlichen Praxis Ausdruck gefunden hat.

Auch innerhalb der bezeichneten Grenzen soll jedoch ein Irrthum auf die Gültigkeit der Willenserklärung lediglich dann von Einfluß sein, wenn anzunehmen ist, daß der Irrende die Erklärung bei Kenntniß der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Falles nicht abgegeben haben würde. Nur unter dieser Voraussetzung liegt eine wesentliche, des Schutzes bedürftige Verletzung der Interessen des Irrenden vor.

Als Rechtsfolge eines hiernach wesentlichen Irrthums sieht der Entwurf im Einklange mit dem in den Gebieten des Preussischen Allgemeinen Landrechts (I, 5 §§ 186 ff.) und des Code civil (Art. 1117, 1304) geltenden Recht Anfechtbarkeit der Willenserklärung, nicht Nichtigkeit vor. Von der Entscheidung des Irrenden hängt es also ab, ob die Erklärung gültig ist oder nicht (vergl. §§ 138, 142, 140, 144). Seinem Interesse entspricht die Anfechtbarkeit besser als die Nichtigkeit; daß er zur Herbeiführung der Ungültigkeit eine Anfechtungserklärung abgeben muß, ist keine unbillige Zumuthung. Ebensowenig kann sich aber der Gegner des Irrenden beschweren, wenn die von ihm für gültig gehaltene Willenserklärung mangels Anfechtung auch gültig bleibt. Nur insofern wird durch die Anfechtbarkeit der Gegner des Irrenden berührt, als sie einen Zustand der Ungewißheit über die Gültigkeit der Willenserklärung herbeiführt, dessen Beendigung vom Willen des Irrenden abhängt. Der Dauer dieses Zustandes setzt jedoch die Vorschrift eine Schranke, daß die Anfechtung ohne schuldhaftes Zögern erfolgen muß, nachdem der Irrende von dem Irrthume Kenntniß erlangt hat, widrigenfalls er das Anfechtungsrecht verliert. Die Anfechtung ist ausgeschlossen, wenn seit der Abgabe der Willenserklärung dreißig Jahre verstrichen sind (§ 117, 121).

Macht der Irrende von dem Anfechtungsrechte Gebrauch, so verpflichtet ihn der Entwurf, und zwar im Anschluß an die neuere Rechtsentwicklung ohne Unterschied, ob der Irrthum verschuldet war oder nicht, aus gleichem Grunde und in demselben Umfange zum Schadenersatze wie den, welcher eine Erklärung der im § 114, 118 bezeichneten Art abgegeben hat (§ 118, 122).

Die fraglichen Vorschriften über die Anfechtung wegen Irrthums gelten für alle Willenserklärungen. Nur bezüglich der Eheschließung und der letztwilligen Verfügungen ist der Einfluß des Irrthums durch besondere Bestimmungen geregelt.

Unter der gleichen Voraussetzung wie eine irrthümlich abgegebene Willenserklärung kann auch eine solche Willenserklärung angefochten werden, die durch die zur Uebermittlung verwendete Person oder Anstalt unrichtig übermittelt ist (§ 116, 120). Die Vorschrift umfaßt neben der mündlichen Bestellung der Erklärung durch einen Boten die für den heutigen Verkehr wichtige Ueber-

unrichtig
Ueber-
mittlung.

mittlung durch eine Telegraphen- oder Fernsprechanstalt. Auch im Uebrigen gelten für die wegen unrichtiger Uebermittlung anfechtbare Willenserklärung die gleichen Grundsätze wie für die wegen Irrthums anfechtbare. Insbesondere erfordert auch hier das Verkehrsbedürfniß die von einem Verschulden unabhängige Ersatzpflicht des Urhebers der Erklärung, falls er sein Anfechtungsrecht ausübt. Die Ersatzpflicht soll jedoch nicht eintreten, wenn die Unrichtigkeit der Uebermittlung ihren Grund in höherer Gewalt hat (§ 118 Abs. 2 Satz 2)¹⁾. Diese Ausnahme entspricht den Vorschriften, welche für andere Fälle einer Ersatzpflicht ohne Verschulden gegeben sind (vergl. u. A. § 1 des Gesetzes, betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die bei dem Betriebe von Eisenbahnen u. s. w. herbeigeführten Tödtungen und Körperverletzungen, vom 7. Juni 1871, Reichs-Gesetzbl. S. 207), und rechtfertigt sich durch die Erwägung, daß das Eingreifen höherer Gewalt ein in der Natur der menschlichen Verhältnisse begründetes, unabwendbares Ereigniß ist, welches der davon Betroffene tragen muß.

Arglistige
Täuschung
und
Drohung.

An letzterer Stelle werden (§§ 119, 123, 120, 124) die Fälle geregelt, in denen Jemand zur Abgabe einer Willenserklärung durch arglistige Täuschung oder Drohung widerrechtlich bestimmt worden ist. In den Mitteln, welche dem Getäuschten oder Bedrohten zur Beseitigung der nachtheiligen Wirkungen seiner Erklärung zur Verfügung gestellt werden, gehen die geltenden Rechte auseinander. Der Entwurf schließt sich dem Ergebnisse nach der Mehrzahl der neueren Gesetzgebungen (Preuß. A. L. R. I, 4 §§ 31 ff., 84 ff., 5 §§ 186 ff.; Code civil Art. 1117; Schweizer. Obligationenrecht Art. 24, 26) an, indem er den widerrechtlich Beeinflussten nicht auf einen obligatorischen Anspruch beschränkt, sondern ihm die Befugniß giebt, die Willenserklärung anzufechten (§ 119, 123 Abs. 1). Nur so erhält der Getäuschte oder Bedrohte einen ausreichenden Schutz. Die Anfechtung hat, wie in allen Fällen, in denen der Entwurf ein Anfechtungsrecht gewährt, die Wirkung, daß die Willenserklärung als von Anfang an nichtig anzusehen ist (§ 138, 142 Abs. 1). Der frühere Rechtszustand wird also von Rechtswegen wiederhergestellt; ist z. B. Eigenthum an einer beweglichen Sache oder eine Forderung übertragen, so fallen diese Rechte mit der Anfechtung an den Anfechtenden zurück, ohne daß es einer Rückübertragung bedarf. Die Anfechtung wirkt auch gegen Dritte, die in der Zeit zwischen der Vornahme des Rechtsgeschäfts und der Anfechtung den auf Grund des anfechtbaren Rechtsgeschäfts übertragenen Gegenstand oder ein Recht an demselben erworben oder sonst sich mit einer der Parteien anlässlich der durch das anfechtbare Geschäft geschaffenen Rechtslage auf Rechtsgeschäfte eingelassen haben. Der Schutz gutgläubiger Dritter ergibt sich auch hier aus den Vorschriften zu Gunsten derjenigen, die Rechte von einem Nichtberechtigten herleiten.

Eine Einschränkung erfährt die Anfechtbarkeit wegen arglistiger Täuschung bei Erklärungen, die einem Anderen gegenüber abzugeben waren. Mag auch

1) Dieser Satz ist gestrichen (vergl. D. O. B. § 122), weil die Sicherheit des Verkehrs erfordere, daß der Beschädigte in allen Fällen ein Recht auf Schadenersatz habe. R. B. S. 36.

vom Standpunkte des Getäuschten es gleichgültig sein, von wem die Täuschung ausgeht, so erfordert immerhin die billige Rücksicht auf den Empfänger der Erklärung, daß wegen der von einem Dritten verübten Täuschung die Anfechtung nur zugelassen wird, wenn der Empfänger die Täuschung kannte oder kennen mußte (§ 119, 123 Abs. 2 Satz 1). Hat jedoch, wie dies insbesondere bei einem Vertrage zu Gunsten Dritter der Fall ist, ein Anderer als der Empfänger der Erklärung aus dieser unmittelbar ein Recht erworben, so soll, auch wenn der Empfänger die Täuschung weder kannte noch kennen mußte, die Erklärung dem Anderen gegenüber, sofern dieser die Täuschung kannte oder kennen mußte, insoweit anfechtbar sein, als durch die Erklärung das Recht des Anderen begründet worden ist (§ 119, 123 Abs. 2 Satz 2). Auf den Fall der von einem Dritten verübten Drohung dehnt der Entwurf in Uebereinstimmung mit fast allen geltenden Gesetzen (Preuß. N. L. R. I, 4 § 42; Code civil Art. 1111; Sächs. Gesetzbuch § 832) die Ausnahmenvorschriften nicht aus. Gegen eine solche Ausdehnung spricht namentlich die Erwägung, daß Drohungen erfahrungsmäßig nicht selten von Einzelnen im Interesse einer Mehrheit angewendet werden, und daß derjenige, der sich durch eine solche Drohung zu Zugeständnissen an eine größere Anzahl von Personen hat bestimmen lassen, in eine höchst ungünstige Lage kommen würde, falls er jeder dieser Personen ihre Kenntniß oder verschuldete Unkenntniß der Drohung nachweisen müßte.

Auch die Anfechtbarkeit wegen Täuschung oder Drohung bedarf zeitlicher Begrenzung (vergl. Code civil Art. 1304). Der Entwurf stellt zu diesem Zwecke zwei Ausschlußfristen auf, eine einjährige, die mit der Entdeckung der Täuschung oder dem Aufhören der Zwangslage beginnt, und eine dreißigjährige von der Abgabe der Willenserklärung an laufende (§ 120, 124). Hat der Getäuschte oder Bedrohte durch Versäumung der einjährigen Frist das Anfechtungsrecht verloren, so bleibt ihm noch der Schadenersatzanspruch, der ihm aus der widerrechtlichen Täuschung oder Drohung nach den Vorschriften über die Haftung aus unerlaubten Handlungen (§§ 807, 823, 810, 826) erwächst, und auch nach der Verjährung dieses Anspruchs (vergl. § 836, 852) kann er, wenn aus der widerrechtlich herbeigeführten Willenserklärung für ihn eine Verpflichtung gegenüber dem Urheber der Täuschung oder Drohung entstanden ist, die Erfüllung derselben dauernd verweigern (§ 837, 853).

An besondere, engere Voraussetzungen ist die Anfechtung wegen arglistiger Täuschung in Betreff der Eheschließung geknüpft. Im Uebrigen gelten die Vorschriften der §§ 119, 123, 120, 124 für alle Willenserklärungen. Bei den letztwilligen Verfügungen ist die Anfechtbarkeit wegen arglistiger Täuschung durch die erweiterte Anfechtbarkeit wegen Irrthums gedeckt und deshalb nicht besonders erwähnt.

2. Form der Rechtsgeschäfte.

Für den Entwurf ist die Stellungnahme zu der Frage, ob die Gültigkeit der Rechtsgeschäfte der Regel nach von der Beobachtung einer gesetzlich vorgeschriebenen Form abhängig gemacht werden soll, durch das bisherige Vorgehen der Reichsgesetzgebung gegeben. Das Handelsgesetzbuch hat den Grundsatz der Grundsatz der Formfreiheit.

Formfreiheit bereits zur Geltung gebracht, und der Handelsverkehr kann ihn nicht missen. Die Einführung der entgegengesetzten Vorschrift für den allgemeinen bürgerlichen Verkehr würde Verwirrung und Rechtsunsicherheit mit sich bringen. Die Civilprozeßordnung ferner (§ 14 Nr. 2 des Einführungsgesetzes) hat die Vorschriften des Französischen Rechtes, welche die Beweisbarkeit der Rechtsgeschäfte von der Beobachtung einer besonderen Form abhängig machen, verworfen und damit auch den in diesen Vorschriften liegenden mittelbaren Zwang zur schriftlichen Vornahme der Rechtsgeschäfte abgelehnt. Der Entwurf entscheidet sich hiernach in Uebereinstimmung mit dem Gemeinen und dem Sächsischen Rechte für den Grundsatz der Formfreiheit. Die Verwerfung des Formzwanges als Regel hindert aber nicht, daß für einzelne Rechtsgeschäfte sowie für einzelne Arten von Rechtsgeschäften eine Form vorgeschrieben wird. Ebenso wie durch das Gesetz können Ausnahmen von der Regel der Formfreiheit auch durch Rechtsgeschäft bestimmt werden.

Wirkung
von Form-
mängeln.

Die Nichtbeachtung einer gesetzlich vorgeschriebenen Form hat in Ermangelung einer abweichenden Bestimmung Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts zur Folge. Die gleiche Folge soll nach der vom Entwurf aufgestellten Auslegungsregel auch bei Verabstümung der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form eintreten (§ 121, 125).

Von den einzelnen Formen, die der Entwurf kennt, macht er nur die Schriftform, die gerichtliche oder notarielle Beurkundung und die öffentliche Beglaubigung zum Gegenstand allgemeiner Vorschriften.

Schriftform.

Die Erfordernisse der gesetzlichen Schriftform sind (§ 122, 126 Abj. 1) im Wesentlichen so geregelt, daß das aufzunehmende Schriftstück eine voll beweisende Privaturkunde im Sinne des § 381, 416 der Civilprozeßordnung darstellt. Unter diesem Gesichtspunkte wird eigenhändige Unterzeichnung der Urkunde durch den Aussteller mittelst Namensunterschrift oder gerichtlich oder notariell beglaubigten Handzeichens gefordert.

Für die Vorschriften des § 122, 126 Abj. 2 über die Erfordernisse der durch Gesetz für einen Vertrag vorgeschriebenen Schriftform bietet der Entwurf selbst einen Anwendungsfall im § 559, 566; im Uebrigen dienen sie zur Ergänzung anderer Gesetze, die ohne nähere Bestimmung eine solche Form vorschreiben. Die den allgemeinen Grundsätzen entsprechende Regel, daß die Unterzeichnung der Parteien auf derselben Urkunde erfolgen muß, wird nach dem Vorbilde des § 825 des Sächsischen Gesetzbuchs mit Rücksicht auf das Verkehrsbedürfnis und die Verkehrssitte dahin erweitert, daß es genügt, wenn mehrere gleichlautende Urkunden aufgenommen und jede Partei die für die andere Partei bestimmte Urkunde unterzeichnet. Aus diesen Vorschriften folgt, daß — abweichend von dem Preussischen Allgemeinen Landrechte (I, 5 § 142) — der Briefwechsel als solcher zur Wahrung der gesetzlich vorgeschriebenen Schriftform nicht geeignet ist. Vom Standpunkt einer Gesetzgebung, die nur in seltenen Ausnahmefällen mit Rücksicht auf die besondere Wichtigkeit des abzuschließenden Vertrags die Schriftform verlangt, kann ein Bedürfnis für die Zulassung brieflichen Abschlusses nicht anerkannt werden. Auch wird ein wesentlicher Zweck der ausnahmsweise erforderten Schriftform, nämlich die

unzweideutige Feststellung des wirklich erzielten Vertragsschlusses, durch Briefwechsel nicht erreicht, da dieser nicht selten über den Umfang der Willensübereinstimmung und den Inhalt der Vereinbarungen Zweifel übrig läßt.

Wird durch Rechtsgeschäft schriftliche Form bestimmt, so verfolgen die Parteien damit muthmaßlich gleiche Zwecke, wie sie der Gesetzgeber bei der Aufstellung dieses Erfordernisses im Auge hat. Es rechtfertigt sich daher die Auslegungsregel, daß die an die gesetzlich vorgeschriebene Schriftform gestellten Anforderungen auch für die rechtsgeschäftlich bestimmte gelten sollen (§ 123, 127 Satz 1). Eine Erleichterung erscheint bei der letzteren nur in Betreff des Erfages der Schriftform durch telegraphische Uebermittlung geboten. Soweit das Gesetz schriftliche Form vorschreibt, besteht kein Bedürfniß für die Zulassung dieses Erfazmittels; sie würde auch den Zwecken der Formvorschrift zuwiderlaufen. Dagegen entspricht es bei gewillfürter Schriftform dem Bedürfnisse des Verkehrs und dem muthmaßlichen Parteiwillen, daß die telegraphische Uebermittlung zur Wahrung der Form genügt (§ 123 Satz 2, 127 Satz 2, 1. Halbsatz)¹⁾. Zu ihrer Wirksamkeit ist nur erforderlich, daß das Telegramm den Urheber der Erklärung erkennen läßt und wirklich von ihm herrührt; darauf, daß er selbst die Aufgabeschrift unterzeichnet hat, kommt es nicht an. Nur insofern wird die telegraphische Uebermittlung der regelmäßigen Parteiabsicht nicht gerecht, als sie dem Empfänger der Erklärung nicht eine voll beweisende Urkunde verschafft. Dem Empfänger muß daher der Anspruch auf Ertheilung einer den gesetzlichen Anforderungen genügenden Urkunde vorbehalten bleiben (§ 123 Satz 3, 127 Satz 2, 2. Halbsatz).

Die auf die gerichtliche oder notarielle Beurkundung eines Vertrags bezügliche Vorschrift des § 124, 128 bezweckt, die Erfordernisse, welche sich für diese Form aus den allgemeinen Grundsätzen über die Vertragsschließung ergeben würden, im Interesse des Verkehrs zu erleichtern. Es soll zur Wahrung der Form genügen, daß der Vertragsantrag gerichtlich oder notariell beurkundet und sodann die Erklärung der Annahme des beurkundeten Antrags in gleicher Art beurkundet wird; der Beurkundung des weiteren für den Vertragsschluß wesentlichen Erfordernisses, daß die Erklärung jeder Partei mit deren Willen der anderen Partei zugegangen ist, bedarf es dagegen nicht.

Gerichtliche
oder
notarielle
Beurkundung.

In Betreff der durch Gesetz vorgeschriebenen öffentlichen Beglaubigung einer Erklärung stellt der § 125, 129 klar, daß Gegenstand der Beglaubigung die Unterschrift oder das Handzeichen des Erklärenden unter der schriftlich abgefaßten Erklärung ist. Bei einer mittelst Handzeichens unterzeichneten Erklärung soll, ebenso wie nach der für die gesetzliche Schriftform geltenden Vorschrift des § 122, 126 Abs. 1, gerichtliche oder notarielle Beglaubigung erforderlich und genügend sein. Im Uebrigen bleibt bis zum etwaigen Erlasse reichsgesetzlicher Vorschriften der Landesgesetzgebung vorbehalten, die Zuständigkeit und das Verfahren für die Beglaubigung zu regeln.

Öffentliche
Beglaubigung.

1) Im R. G. B. § 127 Satz 2 ist zur Wahrung der durch Rechtsgeschäft bestimmten schriftlichen Form bei einem Vertrage ferner der Briefwechsel für genügend erklärt. R. B. S. 38, 39.

3. Vertrag.

Vertragsantrag.

Die Bestimmungen über den Vertragsantrag und dessen Annahme schließen sich im Wesentlichen an die bewährten Vorschriften des Handelsgesetzbuchs an.

Dies gilt zunächst von der auch dem Preussischen Allgemeinen Landrecht (I, 5 §§ 90 ff.) entsprechenden Vorschrift des § 141, 145 des Entwurfs, wonach der Antragende an seinen Antrag gebunden ist, sofern er nicht die Gebundenheit ausgeschlossen hat. Der von der herrschenden Auffassung des Gemeinen und des Französischen Rechtes, in der Hauptsache auch von dem § 810 des Sächsischen Gesetzbuchs vertretene abweichende Standpunkt, nach welchem der Vertragsantrag bis zur Annahme widerrufen werden kann, erscheint mit den Bedürfnissen des Verkehrs nicht vereinbar.

Annahme.

Die Gebundenheit des Antragenden beschränkt sich ihrem Zwecke gemäß auf die dem Antragsempfänger zur Erklärung über den Antrag verstattete Zeit. Der Antrag erlischt daher außer durch Ablehnung auch mangels rechtzeitiger Annahme dergestalt, daß er nicht mehr wirksam angenommen werden kann (§ 142, 146). Die Dauer der Annahmefrist kann der Antragende selbst bestimmen (§ 144, 148).

Ist eine solche Bestimmung nicht getroffen, so muß der Antrag, wenn er einem Anwesenden gemacht worden ist, sofort angenommen werden (§ 143, 147 Abs. 1 Satz 1, vergl. Art. 318 des Handelsgesetzbuchs). Diese der Auffassung des Verkehrs entsprechende Vorschrift soll nach dem Entwurf insbesondere auch für einen mittelst Fernsprechers von Person zu Person gemachten Antrag gelten (§ 143, 147 Abs. 1 Satz 2). Bei der wachsenden Bedeutung des Fernsprechverkehrs empfiehlt sich eine ausdrückliche Bestimmung dieser Art zur Beseitigung von Zweifeln.

Ist der Vertragsantrag einem Abwesenden gemacht, so dauert die gesetzliche Annahmefrist nach dem Entwurfe, der auch hierin dem Handelsgesetzbuche (Art. 319) und dem Grundgedanken des Preussischen Rechtes (A.L.R. I, 5 §§ 96 ff.) folgt, bis zu dem Zeitpunkt, in welchem der Antragende den Eingang der Antwort unter regelmäßigen Umständen erwarten durfte (§ 143, 147 Abs. 2). Die Mannigfaltigkeit der in Betracht kommenden Fälle gestattet nur eine derartige allgemeine Bestimmung der Frist. Dieselbe wird aber im einzelnen Falle sowohl für die Beteiligten wie für den Richter einen hinreichend festen Maßstab der Beurtheilung bieten.

Eine Annahme-Erklärung, die dem Antragenden nach dem Ablaufe der Annahmefrist zugeht, ist als solche unwirksam. Ist sie aber rechtzeitig abgesandt worden und nur in Folge unregelmäßiger Beförderung verspätet eingegangen, so erfordern Treu und Glauben, daß der Antragende, wenn ihm der Grund der Verspätung erkennbar ist, dem Annehmenden die Verspätung anzeigt, sofern er es nicht schon vor dem Eingange der Annahme-Erklärung gethan hat. Wird die Absendung der Anzeige von ihm schuldhaft verzögert, so muß die Annahme als nicht verspätet behandelt werden; eine bloße Verpflichtung des Antragenden zum Schadenersatze würde dem Bedürfnisse des Verkehrs nicht

genügen (§ 145, 149, vergl. Art. 319 Abf. 2 des Handelsgesetzbuchs). Im Uebrigen gilt eine verſpätete Annahme als neuer Antrag (§ 146, 150 Abf. 1). Eine Annahme unter Aenderungen gilt als eine mit einem neuen Antrage verbundene Ablehnung (§ 146, 150 Abf. 2, vergl. Art. 322 des Handelsgesetzbuchs).

Die Frage, in welchen Fällen eine ſtilſchweigende Annahme-Erklärung dem Antragenden gegenüber zuläſſig iſt, hat der Entwurf nicht ausdrücklich geregelt. Dagegen war eine Beſtimmung darüber nothwendig, unter welchen Vorausſetzungen für das Zustandekommen des Vertrags eine Annahme-Erklärung dem Antragenden gegenüber gar nicht erforderlich iſt. In Ermangelung einer beſonderen Vorſchrift würde die allgemeine Beſtimmung des § 126, 130 Abf. 1 Satz 1 gelten, die Annahme alſo erſt mit dem Zeitpunkte wirksam werden, in welchem die Annahme-Erklärung dem Antragenden zugeht. Dieſe Regel paßt jedoch nicht für die häufig vorkommenden Fälle, in denen eine Erklärung der Annahme dem Antragenden gegenüber nach der Verkehrsſitte nicht zu erwarten iſt oder der Antragende auf ſie verzichtet hat. Es gehören hierher z. B. Kaufanträge in Form von Beſtellungen, bei denen der Antragende ſofortige Leiſtung erwartet, ebenſo ſolche, bei welchen die vom Antragenden zum Verkauf angebotene Sache mit dem Antrage zugleich zugeſendet wird. Eine angemefſene Beurtheilung derartiger Fälle ermöglicht der § 147, 151. Der Entwurf beſchränkt ſich auch hier auf eine Beſtimmung grundsätzlicher Natur, um einer den Umſtänden des einzelnen Falles angemefſenen Entſcheidung keine Schwierigkeiten zu bereiten. Auf einem dieſer Beſtimmung verwandten Gedanken beruht die Vorſchrift, welche der § 148, 152 für den Fall giebt, daß ein Vertrag ohne gleichzeitige Anweſenheit beider Theile gerichtlich oder notariell beurkundet wird.

Ueber den Zeitpunkt, in welchem der Vertrag zu Stande kommt, trifft der Entwurf keine beſondere Beſtimmung, ſondern beläßt es bei dem, was ſich aus 126, 130 Abf. 1 Satz 1 und den §§ 147, 151, 148, 152 ergibt. Eine Abweichung hiervon iſt weder durch die Billigkeit noch durch ein praktiſches Bedürfniß geboten. Es iſt daher inſbeſondere auch die Vorſchrift des Art. 321 des Handelsgesetzbuchs nicht übernommen.

Vertrag-
ſchluß.

Die Beſtimmung, wonach das Zustandekommen des Vertrags regelmäßig nicht dadurch gehindert wird, daß der Antragende vor der Annahme ſtirbt oder nach § 100, 104 Nr. 2, 3 geſchäftsunfähig wird (§ 149, 153), entſpricht der mit Vertragsanträgen gewöhnlich verbundenen Abſicht und dem Verkehrsbedürfniffe (vergl. auch Art. 297 des Handelsgesetzbuchs).

Die §§ 150, 154 bis 153, 157 enthalten Auslegungsregeln. Der § 150, 154 betrifft den Fall, daß die Parteien ſich zwar über die nach dem Geſetze zum Weſen des beabſichtigten Vertrags gehörenden Punkte, aber noch nicht über alle Punkte, über die nach der Erklärung der Parteien oder auch nur einer von ihnen eine Vereinbarung getroffen werden ſoll, geeinigt haben, ſowie den Fall, daß eine Beurkundung des beabſichtigten Vertrags verabredet worden, aber noch nicht erfolgt iſt. In beiden Fällen ſoll nach dem Vorgehange des Preußiſchen Allgemeinen Landrechts (I, 5 § 125) und des Päpſtlichen

Auslegung
der
Verträge.

Landrechts (Satz 1340 c) entsprechend der muthmaßlichen Absicht der Parteien der Vertrag im Zweifel als noch nicht geschlossen angesehen werden, und zwar im ersten Falle auch dann, wenn die Punkte, über welche die Parteien sich geeinigt haben, aufgezeichnet sind, also eine sogenannte Punktation vorliegt. Im Anschlusse hieran wird (§ 151, 155) der Fall geregelt, daß die Parteien irrthümlich die erforderliche Einigung als erzielt, den Vertrag daher als geschlossen ansehen. Dem Interesse des Verkehrs an thunlichster Aufrechterhaltung der Verträge würde es widerstreiten, wenn auch hier die Vereinbarung ausnahmslos als unwirksam behandelt würde. Das Vereinbarte muß vielmehr gelten, falls der Punkt, über den eine Einigung noch nicht erfolgt ist, sich im Sinne der Parteien als so unwesentlich darstellt, daß anzunehmen ist, sie würden den Vertrag geschlossen haben, selbst wenn sie sich des Mangels der Einigung über den Punkt bewußt gewesen wären.

Schließlich stellt der Entwurf (§ 153, 157) den wichtigen Grundsatz auf, daß Verträge so auszulegen sind, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern. In Verbindung mit der Vorschrift des § 129, 133, daß bei der Auslegung einer Willenserklärung der wirkliche Wille zu erforschen und nicht an dem buchstäblichen Sinne des Ausdrucks zu haften ist, wird jener Grundsatz dahin wirken, daß der Richter das ganze durch einen Vertrag begründete Rechtsverhältniß den Betheiligten gegenüber nach seinem wahren Inhalte zur Geltung bringt.

4. Vertretung, Vollmacht.

In Uebereinstimmung sowohl mit dem Gemeinen Recht als auch mit allen neueren Gesetzgebungen erkennt der Entwurf der Regel nach Vertretung als zulässig an. Im vermögensrechtlichen Verkehr erleidet diese Regel nur insoweit Ausnahmen, als die Natur einzelner Willenserklärungen es mit sich bringt. Dagegen ist im Familienrecht und im Erbrechte für eine Reihe von Rechtsgeschäften mit Rücksicht auf die höchstpersönliche Natur der bei ihnen zu treffenden Entscheidungen eine Vertretung gesetzlich ausgeschlossen.

Der Entwurf handelt im fünften Titel des dritten Abschnitts zuerst von der Vertretung vermöge einer dem Vertreter zustehenden Vertretungsmacht. Die letztere kann auf Gesetz beruhen oder durch Rechtsgeschäft ertheilt sein; im zweiten Falle bezeichnet der Entwurf (§ 162, 166 Abs. 2) sie als Vollmacht. Die §§ 160, 164 bis 162, 166 Abs. 1 beziehen sich auf die Vertretung mit Vertretungsmacht im Allgemeinen, der § 162, 166 Abs. 2 und die §§ 163, 167 bis 172, 176 auf die Vertretung kraft Vollmacht. In den §§ 173, 177 bis 176, 180 wird die Vertretung ohne Vertretungsmacht geregelt, während die besondere Vorschrift des § 177, 181 sich auf beide Arten der Vertretung bezieht.

Vertretung
mit
Vertretungs-
macht.

Der § 160, 164 bestimmt im Allgemeinen die Erfordernisse und die Wirkungen der Vertretung mit Vertretungsmacht (Abs. 1). In ersterer Hinsicht ist, wie bei jeder Vertretung, die Kundgebung des Willens, in fremdem Namen zu handeln, wesentlich. Ist diese Kundgebung unterblieben, so kann mit Rücksicht auf die Verkehrssicherheit der Mangel des Willens, im eigenen